

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“.

Bezugpreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt., 8 Pf. Trägerlohn - 0,50 Rmt., monatlich 1,25 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Veramtlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort: 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Fällt Brüning nach rechts um?

Er plant eine Umbildung seiner Regierung nach rechts

Der Reichskanzler trägt sich zurzeit unter dem Druck des Reichspräsidenten und der kleinen in seiner Regierung vertretenen Gruppen, wie der Volkspartei und der Landvolkspartei mit Plänen, die unter Umständen schon kurz nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags zu dem Ende seiner Regierung führen können. Er beabsichtigt eine Umbildung des Kabinetts in der Form, daß alle von dem rechten Flügel der gegenwärtigen Koalition mehr oder weniger stark befähigten Minister möglichst durch politisch unbeschriebene Persönlichkeiten ersetzt werden. Außer dem Außenminister sollen der Reichsinnenminister Dr. Wirth, der Reichsverkehrsminister v. Guérard und vorzugsweise auch der Reichsfinanzminister gehen. Zugleich ist daran gedacht die bisher nicht von Ministern geleiteten Ministerien wie das Justizministerium und das Wirtschaftsministerium wieder zu befehlen.

Der Reichskanzler geht bei seinen Absichten von der Erwägung aus, daß seine Regierung, wie sie ist, im Reichstag keine Mehrheit finden wird. Der andere Grund für seine Pläne ist der, daß der Reichspräsident in letzter Zeit von der Rechten mündlich und schriftlich immer und immer wieder bekümmert worden ist, hauptsächlich auf Änderungen sowohl hinsichtlich der Zusammenlegung der Regierung als auch ihres Ausmaßes hinzuwirken. Was die Splittergruppen wünschen, ist klar. Sie wollen eine stärkere Orientierung der Regierung nach rechts. Ihre Forderungen lauten in der Konsequenz auf Ablehnung an die „nationale Opposition“ und auf den Verzicht auf weitere Bindungen gegenüber der Sozialdemokratie hinaus.

Brüning scheint nun nicht die Absicht zu haben, die Forderungen der Splittergruppen zu 100 Prozent zu erfüllen. Er hofft zunächst noch, dem Sturz entgegen zu können, indem er sein Kabinett so gestaltet, daß er Persönlichkeiten zu seinen Mitarbeitern beruft, die weder auf der Rechten, noch auf der Linken als Belastung empfunden werden. So soll nach dem Wunsch des Reichskanzlers an die Stelle des Reichsaußenministers der frühere Außenminister und spätere Botschafter in Tokio, Solf, treten und das Wirtschaftsministerium mit dem Generaldirektor der F. G. Farben, Schmitz, befehligt werden. Zweifelloserweise zwei Persönlichkeiten, gegen die von der Linken nicht viel einzuwenden ist. (Das scheint uns von Schmitz doch wohl nicht zu gelten. Anm. d. Red.) Aber noch ist Solf nicht ernannt. Er ist nicht der Kandidat des Reichspräsidenten, der nach wie vor für den deutschen Botschafter in London, v. Neurath, als Außenminister eintritt. Wer an die Stelle des Reichsinnenministers Dr. Wirth treten soll und als Nachfolger des Reichsverkehrsministers bzw. Reichsfinanzministers in Frage kommt, ist bisher noch völlig unbestimmt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichskanzler durch jeden Versuch seine Stellung nach rechts zu stärken, seine Stellung nach links gefährdet. Es besteht die Gefahr, daß er sich zwischen zwei Stühlen setzt und das, was er mit seinen Plänen verhindern will, schließlich unabwehrbar wird: die Rechtsregierung mit Einfluß der deutschen Faschisten.

Der „Vorwärts“ sagt zu der beabsichtigten Umbildung des Kabinetts Brüning: „Geht die Regierung Brüning in ihrer Zusammenlegung und ihrem Programm noch weiter nach rechts, so gerät sie in Gefahr, um des Lebens willen den Sinn des Lebens zu verlieren. Kann und will sie gegen rechts nicht kämpfen, so muß sie, nachdem sie eine Position nach der anderen preisgegeben hat, schließlich Hugenberg ganz das Feld räumen. Die Sozialdemokratie hat gewiß kein Interesse daran, eine solche Entwicklung zu beschleunigen, aber sie wird sich die Frage vorlegen müssen, ob es noch viel Opfer lohnt, sie ein wenig zu verlangsamen. ... Nachdem es der Rechten gelungen ist, den Willen eines großen Teiles der Wähler zu verwirren, und eine willensunfähige Volksvertretung zu schaffen, geht sie daran, der Republik selbst an die Wurzel zu greifen. Darum hat die Sozialdemokratie alles getan, um die Rechte nicht an die Macht kommen zu lassen. Will jetzt der Kommandant der Festung, der sie verteidigt, selber den Belagerern die Schlüssel ausliefern, sie würde den Kampf deswegen nicht aufgeben; aber sie wäre dann genötigt, ihn in einer anderen Front und in einer anderen Weise als bisher weiterzuführen.“

Der „Lokalanzeiger“ des Herrn Hugenberg schreibt: „Wenn sich andere darüber täuschen sollten, daß mit einer Umbildung des Kabinetts Brüning in der gedachten Art nicht das mindeste geändert und das mindeste gegenüber der „nationalen Opposition“ erreicht wird. — die „nationale Opposition“ wird sich nicht täuschen lassen. Das Schicksal auch der neuen Regierung liegt nach wie vor in den Händen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Jede von der Sozialdemokratie abhängige Reichsregierung wird dem schärfsten Kampf der „nationalen Opposition“ begegnen.“

Das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, bestätigt, daß der Rücktritt des Reichsaußenministers unmittelbar bevorsteht. Darüber hinaus sei damit zu rechnen, daß noch im Laufe dieser Woche eine Umbildung der Reichsregierung stattfindet. Es stehe allerdings noch nicht fest, ob es sich hierbei nur um die Neuabsetzung der seit langem unbefestigten Ministerien handle — Wirtschaft und Justiz, zu denen nun auch noch das Außenministerium tritt — oder ob noch weitere personelle Veränderungen erfolgen. Auf jeden Fall sei aber anzunehmen, daß diese Entscheidungen noch in dieser Woche getroffen würden.

Amtlich wird mitgeteilt: Entgegen anderslautenden Nachrichten wird mitgeteilt, daß am Dienstag keine öffentliche Sitzung des Reichsrats, sondern eine vertrauliche Aussprache zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen, sowie dem preussischen Provinzialvertreter stattfinden wird. Es handelt sich vor der Vorlegung des endgültigen Entwurfs und der neuen Notverordnung an den Reichspräsidenten um die Erörterung bedeutamer, die Länder interessierender Einzelfragen.

Ein böses Kapitel

Die Pläne der Reichsregierung zur Hauszinssteuerentlastung

Die Vorschläge, die von den verschiedensten Seiten zur Senkung der Hauszinssteuer gemacht worden sind, haben nachgerade eine heillose Verwirrung angerichtet. Man muß jetzt die Beforgnis hegen, daß bei dem Streit um die Verteilung der Beute der Hausbesitz als einziger Gewinner ausgeht. Es tut darum not, noch einmal in letzter Stunde Öffentlichkeit und verantwortliche Regierungsstellen darauf hinzuweisen, was bei der Senkung der Hauszinssteuer auf dem Spiele steht.

Man muß sich wundern, daß in einem Augenblick, in dem alles darauf ankommt, die Ruhe und Ordnung durch Unterstützung der Erwerbslosen aufrechtzuerhalten, überhaupt eine Diskussion über die Senkung der Hauszinssteuer möglich ist. Wenn jetzt schon die vorhandenen Mittel für die Arbeitslosenhilfe nicht ausreichen und den Erwerbslosen immer stärkere Beschränkungen auferlegt werden, so erscheint es unverantwortlich, im gleichen Zeitpunkt bei der Hauszinssteuer auf wichtigste öffentliche Einnahmen zu verzichten. Wir können uns gegenwärtig ein sinnloses Hinauswerfen öffentlicher Gelder wirklich nicht leisten. Nachdem bereits die Notverordnung vom Juni 1931 den Hausbesitzern für den erhöhten Aufwertungsbeitrag gewisse individuelle Erleichterungen bei der Hauszinssteuer zugesichert hatte, besteht heute nicht der geringste Grund, die Hausbesitzer noch einmal durch eine schematische Senkung der Hauszinssteuer zu befriedigen. Den Hausbesitzern ist bei der Wahrnehmung ihres Interessenstandpunktes die taktische Position wesentlich erleichtert worden, weil auch andere Kreise mit dem stillen oder lauten Wunsch, die Hauszinssteuerentlastung im Wege der Mietkürzung den Mietern nutzbar zu machen, in den Ruf nach der Hauszinssteuerreform mit einstimmten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß eine solche Propaganda im gegenwärtigen Augenblick nur die Geschäfte des Hausbesitzes stützt. Auf die gleiche Erkenntnis ist die sozialdemokratische Entschließung im Wohnungsausschuß des Reichstags zurückzuführen, die wohl bedacht eine individuelle Regelung und eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Hauszinssteuermittel, insbesondere soweit der Wohnbauanteil in Frage kommt, fordert.

Leider sind die Entschließungen der Reichsregierung für eine schematische Senkung der Hauszinssteuer soweit gediehen, daß es sich nur noch um die Höhe des zur Anwendung kommenden Prozentsatzes handelt. Dabei besteht allerdings noch die große Gefahr, daß man in der Bemessung der Senkung viel zu weit geht und dem Hausbesitz unverdientliche Gewinne in den Schoß wirft. Von dem Interessententreiben wird gegenüber der Reichsregierung der Nachweis versucht, daß erst mit einer 25prozentigen Senkung der Hauszinssteuer die Mehrbelastung des Hausbesitzes für den erhöhten Aufwertungsbeitrag ausgeglichen wäre. Daß dem nicht so ist, vielmehr die Lasten des Hausbesitzes für die erhöhte Verzinsung der Aufwertungshypotheken in Höhe von rund 250 Millionen Mark durch eine weit geringere Senkung der Hauszinssteuer abgeglichen werden können, zeigt folgende Rechnung:

Das Sollaufkommen der Hauszinssteuer im Reich beträgt mindestens 1800 Millionen Mark. Die Freistellung der benötigten 250 Millionen Mark ist also schon mit einer Senkung der Hauszinssteuer um höchstens 15 n. H. möglich. Wenn schon zu der Notverordnung vom Juni 1931 eine ergänzende Regelung bei der Hauszinssteuer getroffen werden soll, so muß sie auf jeden Fall im Interesse der Gesamtheit in diesen Grenzen gehalten werden.

Es ist der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt, daß jede Senkung der Hauszinssteuer statt einer Mietentlastung eine Mehrbelastung für die minderbemittelten Bevölkerungsteile mit sich bringen muß. Alle jene bedürftigen Personen, die heute dank der Mietkürzung der Hauszinssteuer in dem Genuß einer ermäßigten Miete stehen, werden bei einer Senkung der Hauszinssteuer in ihrem Genuß geschmälert, denn mit der Ermäßigung der Hauszinssteuer verringert sich auch der Betrag für den ihnen der Staat mittels der Steuerniederlegung eine Mietentlastung verschaffen kann. So grotesk es auch klingen mag, tatsächlich setzt sich für die minderbemittelte Bevölkerung die Hauszinssteuerentlastung im gleichen Umfang in eine höhere Mietzahlung an den Hausbesitzer um. Soweit diese Kreise die Mieterhöhung nicht tragen können, werden wiederum die Gemeinden Hilfe leisten müssen, die dann zu ihrem Steuerausfall bei der Hauszinssteuer noch à conto der Verteilung des Hausbesitzes erhöhte Fürsorgekosten zu tragen haben.

Macdonald bei Lloyd George

Das Werben Macdonalds um die Mitwirkung der Liberalen bei den Wahlen für eine „nationale Regierung“ hat immer noch nicht zum Erfolg geführt. Macdonald besuchte deshalb am Montag den in seinem Landhaus zur Erhaltung weilenden liberalen Führer Lloyd George. Auch diese Besprechung blieb ohne Erfolg.

Neuer Generalstreik in Sevilla

In Sevilla ist unter syndikalistischer Führung ein Generalstreik ausgebrochen. Am Montag wurden wiederholt Polizeipatrouillen von den Dächern herab beschossen. Vier Beamte wurden schwer verletzt. Alle Geschäfte sind geschlossen.

Die Volkspartei gegen Brüning

Schwenkung der Volkspartei zur nationalen Opposition wird vorbereitet

Am Sonntag findet in Harzburg eine Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ statt, an der u. a. auch Vertreter der Volkspartei insbesondere aus dem Reichsgebiet teilnehmen sollen. Der Zweck der Tagung ist die Schaffung einer möglichst breiten Front gegen die Regierung Brüning, das Ziel der Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung.

Der Führer der Volkspartei, Dingeldey, nimmt an den Harzburger Besprechungen nicht teil. Er will am nächsten Sonntag in Breslau. Aber was in Harzburg vor sich geht und beschlossen werden wird, geschieht in seinem Einverständnis. Wir haben dieser Tage bereits darauf hingewiesen, daß Dingeldey in letzter Zeit wiederholt mit Hitler und Hugenberg konferenziert hat. Das Ergebnis dieser Konferenzen ist, daß die Volkspartei im Begriff steht, zur „nationalen Opposition“ überzuschwenken und der Regierung Brüning in den Rücken zu fallen. Es sei denn, daß der Ehrgeiz des Herrn Dingeldey und anderer Volksparteiler noch vor dem Zusammentritt des Reichstags gestillt wird. Ist der Reichskanzler dazu bereit? Ist es tatsächlich seine Absicht, dem Druck der Volkspartei zu weichen und nicht nur den Reichsaußenminister und Reichsverkehrsminister zu opfern, sondern zugleich auch den Reichsinnenminister Dr. Wirth durch eine rechts eingeleitete Persönlichkeiten zu ersetzen? Kein Zweifel, daß hinter den Kulissen wieder einmal Dinge vor sich gehen, die die schärfste Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie erfordern.

München, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Wie der Münchener Korrespondent des „Sozialistischen Monatsheftes“ erfährt, wurde die Deutsche Volkspartei in Bayern von dem Führer der Volkspartei, Dingeldey, dahin unterrichtet, daß er am Sonntag vor Reichstagszusammentritt, also am 11. Oktober, in einer öffentlichen Rede die Schwenkung der Partei zur nation-

alen Opposition ankündigen werde. Das könne Brüning auch durchaus nicht verhindern, daß er Curtius jetzt preisgebe.

Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag.

Unnötige Polizeimaßnahmen

Schon wieder Vergrößerung der Polizeirechte

Die neue Notverordnung, die am Dienstag zur Veröffentlichung freigegeben wird, enthält zahlreiche Paragrafen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Sie gestattet das Verbot illegaler Schriften, deren Herstellung und Verbreitung bzw. Aufbewahrung unter bestimmten Voraussetzungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden kann. Mit der gleichen Strafe wird bedroht, wer von dem Vorhandensein illegaler Drucksachen weiß und es unterläßt, der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

In der neuen Verordnung werden auch die bisherigen Bestimmungen über die Presse verstärkt. So ermöglicht die Verordnung u. a., daß künftig auch die Erstlieferung von Druckschriften verhindert wird. Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Verlegers den Beziehern einer verbottenen Druckschrift als deren Ersatz zur Abwendung der Folgen des Verbotes zugestellt wird, kann verboten werden. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen kann bestraft werden, wer eine auf Grund der Notverordnung verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt und verbreitet.

Die Verordnung sieht unter vielen anderen, zum Teil bereits bekannten Punkten noch die Schließung von Sammelplätzen staatsgefährlicher Betätigung vor. Die Schließung dieser Sammelplätze, unter denen hauptsächlich die wie Pilze aus der Erde schießenden Nazi-Kasernen zu verstehen sind, kann angeordnet werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.

Thüringen gegen die Parteispaltung

Ein scharfer Beschluß des Bezirksbeirats - Otto Bauer gegen die Spalter

Weimar, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Eine Bezirksvorstands- und Beiratsitzung der Sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Groß-Thüringen, der auch die thüringischen Landtagsabgeordneten, sowie die im Wahlkreis Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten beizuhören, nahm am Montag in Weimar zu den Vorgängen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Stellung. Nach einem eingehenden Referat des Bezirkssekretärs Dietrich und einer sehr regen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Vorgänge innerhalb der Partei in den letzten Wochen, die zu der Abspaltung eines Teiles der Parteimitglieder und Verleumdung einer neuen Partei geführt haben, bedeuten für den Befreiungskampf des Proletariats die allergrößte Gefahr. Bezirksvorstand und Beirat sprechen über die Partei-Neugründung ihre tiefste Besorgnis aus und verurteilen sie. Auf Grund der vermittelnden und ausgleichenden Haltung, die der Bezirk Thüringen in dem Parteikonflikt einnahm, wurde erwartet, daß man der Forderung auf Verständigung im Interesse der Gesamtpartei nachgegeben wäre. Leider ist das nicht geschehen. Ausdrücklich stellen Bezirksvorstand und Beirat aber fest, daß weder Rosenfeld noch Siemsen im Bezirksverband Thüringen irgend welche Schwierigkeiten in ihren Arbeiten hatten. Sie durften wegen einer Entscheidung des Parteivorstandes nicht davonlaufen und die Genossen in schwerster Kampfsituation im Stich lassen. Der im Bezirk Thüringen erfolgte Aufbau der Organisation, die in der Organisation auf allen Gebieten geleistete Arbeit in allen Situationen getragen von dem Gedanken, der Arbeiterbewegung zu dienen, ist das Werk von Tausenden von Funktionären und Mitgliedern. Es ist nicht die Arbeit eines Einzelnen, es ist Kollektivarbeit im wahren Sinne des Wortes. Diese ganze Arbeit wird von Rosenfeld und Siemsen aufs Spiel gesetzt: Kinderfreundebewegung, sozialistische Jugendbewegung, Schulungsarbeit der Funktionäre und Bildungsarbeit im großen Ausmaß. Sie sind gefährdet, wenn das Verhalten von Rosenfeld und Siemsen irgendwo ein Echo findet. Wir erwarten deshalb von allen unseren Mitgliedern, daß sie trenn zur Partei stehen und jedem Versuch, gleich auf welchem Gebiet, die Partei zu schwächen, in schärfster Weise entgegenzutreten.“

Wir wissen, daß die Belastung unserer Funktionäre durch die politischen Zustände groß ist. Wir wissen auch, daß ein großer Teil unserer Funktionäre und Mitglieder mit der Taktik der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sind. Der Bezirksvorstand selbst hat wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Loslösung von der Tolerierungspolitik zu erreichen. Auch der Bezirksbeirat hat in seiner letzten Sitzung in diesem Sinne durch die Annahme einer Entschließung gewirkt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Tagen führt, das ist bereits auch die Überzeugung weitester Kreise der Partei, die Tolerierungspolitik ihrem Ende zu. Dann beginnt aber der Kampf erst. In dieser Stunde ist die Zusammenfassung aller Kräfte der Partei und der mit ihr verbundenen Organisationen erst recht notwendig. Der Kampf gegen die soziale Reaktion und faschistische Gefahr kann aber nur von einer starken, geschlossenen Sozialdemokratischen Partei erfolgreich geführt werden. Bezirksvorstand und Beirat rufen deshalb alle Mitglieder auf, für die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei ihre ganze Kraft einzusetzen und jeden Versuch, die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei zu zerbrechen, auf das Schärfste zu bekämpfen.“

Bezirksvorstand und Beirat nahmen schließlich noch einen Antrag an, die in Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Siemsen aufzufordern, unverzüglich ihre Reichstagsmandate zur Verfügung zu stellen.

Otto Bauer gegen die Spalter

Wien, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Otto Bauer, übermittelt uns zu Behauptungen der Rosenfeld und Sendewitz folgende Erklärung:

„Genossen der in Deutschland neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei haben behauptet, ich hätte bei dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands interveniert, um ihre Ausschließung zu verhindern. Gegenüber diesen Behauptungen erkläre ich: Sonntag, den 27. September, hat mir Max Adler, der in Beziehungen zu den Gründern der neuen reichsdeutschen Splitterpartei steht, Mitteilungen über den Konflikt in Deutschland gemacht. Auf Wunsch von Max Adler habe ich diese Mitteilungen in einem persönlichen und vertraulichen Brief an den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Otto Wels weitergeleitet, in der Hoffnung, daß sie vielleicht doch die Beilegung des Konflikts erleichtern könnten. Ueber meine Stellung zu der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei kann kein Zweifel bestehen.“

Ich halte jede Spaltung der Sozialdemokratie für ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Auch wenn die von Sendewitz und Rosenfeld gegründete

Verlagsgesellschaft und Zeitschrift nicht, wie der Parteivorstand annahm, Aufgabe einer Sonderorganisation gewesen sein sollten, wären die Genossen nach meiner Überzeugung dennoch verpflichtet gewesen, auf ihre Gründungen zu verzichten, um das bei weitem größere Übel der Spaltung der Partei zu vermeiden.“

Auch Chemnitz gegen die Spalter

Chemnitz, 6. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der SPD. Groß-Chemnitz nahm nach eingehender Aussprache über die jüngsten Vorgänge in der Partei mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung an, in der die Ablehnung von der Tolerierungspolitik gefordert und der feste Wille zur Aufrechterhaltung der Einheit der Partei bekundet wird.

Der Bezirksvorstand der SPD. Chemnitz-Großgebirge stellte sich einstimmig hinter eine Entschließung, in der die Spaltung der Partei aufs entschiedenste verurteilt wird.

Bannfluch aus Moskau

Die Spaltung ein sozialfaschistisches Manöver

Das „Polbüro des ZK.“ veröffentlichte in der kommunistischen Presse eine spaltenlange Erklärung zum Auszug der Sendewitz-Rosenfeld aus der Sozialdemokratischen Partei. Dabei ergibt sich etwas Absonderliches. Während nämlich in der Sozialdemokratischen Partei selbst diesen Ereignissen gegenüber ziemlich Gelassenheit herrscht, scheint das „Polbüro des ZK.“ darüber in wilde Aufregung geraten zu sein. Kein sozialdemokratisches Blatt hat gegen die Auszügler so getobt und gewettert, wie es die Kommunisten tun. Da heißt es zum Beispiel:

„Dieses „linke Manöver“ ist aber gerade das, was die Bourgeoisie will und der SPD-Vorstand braucht, um einen Damm gegen die Revolutionierung der Massen, gegen die sich bildende Einheitsfront aller Ausgebeuteten zu errichten. Das neue Parteigebilde der „linken“ SPD-Führer ist nichts anderes als Benteil um die Erregung der Arbeitermassen über die sozialdemokratische Verräterpolitik aufzufangen, nichts anderes als ein Hindernis gegen die wirkliche proletarische Einheitsfront, nichts anderes als eine letzte Barriere gegen die drohende proletarische Revolution. Eine zentristische Partei kann daher — unabhängig vom Willen und Bewußtsein einzelner ihrer Führer und An-

Nette Zustände im Braunen Hause

Enthüllungen eines ausgetretenen SA-Mannes - Viehische Mißhandlungen gegen Inoffizielle des Braunen Hauses - Hitler im Sold der Großagrarier

Ueber die Stimmung der im Braunen Hause lazierten SA-Leute unterrichtet eine Zeitschrift an die „Münchener Post“, die von einem Hitler-Mann stammt, der vor wenigen Tagen aus der SA und aus der Nazi-Partei ausgetreten ist. Die Gründe des Austrittes ergeben sich aus der Zeitschrift, in der es heißt:

„Im Braunen Hause, dem Palais der Hitler-Partei, herrscht dicke Luft. Einer traut dem andern nicht über den Weg, jeder sieht im andern einen Verräter. Wer sich die geringste Kritik an der Politik der Parteileitung erlaubt, wird als verdächtig in all seinem Tun und Handeln beobachtet, überwacht und verfolgt. Wird einer gar als Spion verdächtig, so wird seinen Beteuerungen und Gegenbeweisangeboten kein Gehör geschenkt. Ohne weitere Untersuchung und ohne Feststellungen wird er oft in viehischer Weise mißhandelt. In allerletzter Zeit wurde ein verdächtiger Mann der SA so fürchterlich geschlagen, daß er dabei ein Auge verlor. Vor kurzem äußerte sich ein SA-Mann abfällig über die in der Kantine des Braunen Hauses feilgebotenen Hitler-Ziga-

retten. Schon wurde er als Provokateur behandelt, verprügelt und zum Haus hinausgeworfen. Als die Rechte Hilfe beim Selbstmord begangen hatte, erschien ein SA-Mann bei jeder Unterhaltung über diesen Fall aufs strengste verurteilt. Ueber die jüngst vom „Landvolk“ gemachte Andeutung, nationalsozialistische Partei habe erhebliche Zuwendungen von Kali-Syndikat erhalten und unternehme deshalb nichts gegen Großausbeuter der deutschen Landwirtschaft, wurde die SA. überhaupt nicht diskutiert. Im rüden Kalkern hat erklärte der Führer einfach, wir hätten unsere Nasen nicht Sachen zu stecken, die wir nicht verständen, und die uns ein Dreck angingen. Speziell dieser Vorgang veranlaßte mich, Austritt aus der SA. und der Partei. In den Sturmtönen herrscht die Auffassung vor: schlägt Hitler diesen Winter n. los, so gehen wir zur SPD. Tatsächlich sind in letzter Zeit auch in Bayern viele SA-Leute zur SPD abgewandert. Das Beispiel Scheringers zur SPD-Schule, während die von Hitler betonte „Legalität“ sehr viel ein Dorn im Auge ist.“

hänger — nichts anderes als eine Schädlingsorganisation der Klasseninteressen des gesamten Proletariats, eine Agitation des bolschewistischen Parteivorstandes und damit der kapitalistischen Brüningdiktatur sein. Sie muß deshalb vor der gesamten Arbeiterklasse mit rücksichtsloser Schärfe bekämpft werden. Derzeitige neue Parteigründung muß als Hilfsorgan der stalinischen und Sozialfaschisten schamlos entlarvt und so wie möglich zerlegt werden.“

So geht es spaltenlang, wobei natürlich auch „die verzerrte SPD.“ einiges so nebenbei abbelommt. Dazwischen finden dann auch die großsprecherische Prophezeiung:

Wir treten unmittelbar in die Periode ein, wo die schwebende Offensive gegen die deutsche Sozialdemokratie, Hauptstütze des deutschen Kapitalismus, zum Siege führen wird. Amüsanterweise folgt diesen Lobhudeleien ein Bündnisangebot. Wörtlich liest man:

Die Kommunistische Partei wiederholt in aller Offenheit ihr Bündnisangebot an alle sozialdemokratischen Arbeiter und führende Funktionäre, die wie Dettinger, Torhorst usw. die proletarische Einheitsfront und den revolutionären Klassenkampf wollen, gleichgültig, hinter welcher Fahne sie stehen.

Ihr verfluchten Schweinehunde, ihr gottverdammten Sackkommi an unser Herz! Mütterchen Mostau ist barmherzig. Ihr allen gefunden Menschenverstand abschwört und Buße werdet ihr in Gnaden aufgenommen!

Hereinspaziert, wer Luft hat!

SPD. verhängt schon über Dettinghaus das Redeverbot

Die „Arbeiterpolitik“, das Organ der SPD., mit, daß die zentrale SPD. über Walter Dettinghaus, der vor einer Woche von der SPD. zur KPD. überlief, das Redeverbot verhängt hat. Dettinghaus hat Anstalten getreten, die der KPD. mehr entsprechen als der SPD. Da soll in der Zentrale der KPD. große Empörung ausgebrochen und gegen Dettinghaus das Redeverbot verhängt worden sein.

Das ist die „Meinungsfreiheit“ in der KPD. Wir haben das im voraus gewußt. In der KPD. kann nur wirken, sich bedingungslos unterwirft! Das möge allen zur Warnung zur Warnung dienen, die sich etwa in dem holden Bahn befinden sollten, die KPD. wäre eine demokratische und revolutionäre Partei. Sie ist das willenslose Werkzeug in den Händen ein Irrefühler „Führer“. Wer als revolutionärer Sozialist Weg zur KPD. geht, muß sich in kurzer Zeit erbittert und täuscht abwenden.

Will Hoover das Hooverjahr verlängern?

Hoover beruft eine große politische Konferenz ein

Washington, 6. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der amerikanische Staatspräsident hat am Montag abend für Dienstag abend eine Konferenz führender Senats- und Kongressmitglieder einberufen, die sich mit der Weltlage befassen soll. Der Schritt erfolgte nach zahlreichen Geheimkonferenzen Hoovers mit führenden amerikanischen Bankiers. In Finanzkreisen erwartet man nach der Dienstag-Konferenz außerordentlich weitgehende politische Erklärungen Hoovers, in denen vor allem auf die Revision der internationalen Schulden Bezug genommen werden dürfte. Die zweijährige Verlängerung des

Hooverjahres ist wahrscheinlich; doch ist mit einer offiziellen Erklärung darüber erst nach dem Besuch Cavalls Washington zu rechnen.

Paris, 6. Oktober. (Eigener Funkbericht.)

Wie die Radio-Agentur aus Washington meldet werden die Besprechungen über die Verlängerung des Hoover-Memoriums in Regierungskreisen fortgesetzt. Die New York-Großhändler üben einen starken Druck zugunsten dieser Maßnahme aus, bei führenden Kongressmitgliedern stoße sie jedoch auf lebhaften Widerstand.

PETER RISS

Arklbad Amott

Kriegsroman der Siebzehnjährigen

Cover Copyright 1920 by Fackelreiter-Verlag G.m.b.H. Hamburg-Bergedorf

21. Fortsetzung.

„Ich habe ein Geheimnis Karl, — das kann ich nicht mehr mit mir herumtragen.“

Er sieht mich voll an und schnallt das Koppelteng ab:

„Dir, aber nur dir will ich es sagen.“

„Dann schrei doch nicht so.“

„Ich blide mich um: die Kameraden stolpern in ihre Stuben. Einige pfeifen. Rinulla zieht sich mit großer Anstrengung die Stiefel schon auf dem Tür von den geschwollenen Füßen. Niemand beachtet uns.“

„Karl, ich habe die letzte Nacht mit ihm gesprochen, — hier an dieser Stelle.“

„Ich soll alle Kameraden grüßen, — das kann ich doch nicht. Aber an dich will ich seinen letzten Gruß bestellen, deinen Namen hat er noch genannt.“

Karl steht auf dem Boden. Er geht schmerzhaft einige Schritte, wie unter einer ungeheuren Last gebeugt —

„So so so, mei... meinen Namen... hat er... noch einmal... so... danke...“ Er pudt die Aheln. Hätte sich nicht gleich totschützen sollen... oder er hätte gleich noch einen anderen mitnehmen können.“

„Das habe ich auch gedacht, Karl.“

„Das denken viele, aber das ist auch alles... mit eurem Denken ist gar nichts getan, Kamerad... und nun lag' mich in Ruhe... ich will mich gleich hinlegen.“

„Karl, hör' noch mal...“, vor der Tür bleiben wir noch einmal stehen.

„Rach' es kurz“, Karls Stimme klingt bitter und hart, „I hat doch alles keinen Zweck mehr mit solchem Gerede machen wir den armen Kerl nicht wieder lebendig...“

Da überhürzen sich meine Worte im Flüsterton:

„Wir haben doch alle Hülsen abliefern müssen... genau hat man darauf geachtet... nur bei Langer nicht weil er in den Wagen kam... neun Hülsen hat man unter seinem Kopfkissen gefunden... sagt Rinulla... Karl, hätte man ihm doch die Hülsen abgenommen wie uns... dann wäre nichts passiert, dann hätte man es gemerkt...“

Karl sieht mich beinahe verächtlich an: „Na und — was soll das? willst du damit sagen? Daß es dann anders gekommen wäre? Hee, mein Lieber, dann hätte er eine andere Gelegenheit gefunden...“ und dann packt er mich bei den Schultern und zischt mich fast an: „Aber etwas anderes: Wir, wir, wir, haben die Schuld! Du und ich und all die anderen! Wir hätten ihn retten können... aber wir sind alle erbärmliche Sch... so...!!!“ — Er läßt mich wieder los und fährt etwas ruhiger fort: „Hätte... hätte... wie du sagst... wenn wir in Saboma die Gemeinheit, wie er ihn da so geschlagen hat, und wie Heinz uns da so angesehen hat, wenn wir uns alle das nicht hätten gefallen lassen, zu Quasthopp, daß der Hund... der Hund, der... unaukt... na, laß! Is doch zu spät... muß noch ganz anders kommen! Und es wird noch ganz anders kommen, jag ich dir!“

Er dreht sich kurz um und will in die Stube gehen, ich halte ihn am Arm fest:

„Karl! Es kommt der Tag...“

Da fährt er plötzlich wieder herum: er öffnet sich lächelnd den Arm und geht einige Schritte mit mir nach links:

„Ja, Hamburger... eigenartig fühle ich seine Hand in der meinen, das schwöre ich dir!“

„Unsere Blicke trafen einander.“

„Das schwöre ich mit dir, Karl!“

„Bei unserem toten Kameraden!“

„Bei unserem toten Kameraden, Karl.“ —

— Als wir in die Stube treten, sieht Preuß uns an, als wüßte er alles. Er lächelt eigenartig: es ist wie ein Lächeln hinter der Gesichtshaut... aber er sagt kein Wort.

Der Unteroffizier Preuß ist der schweigende Dritte im Bund unserer ersten schickamen Verschwörung.

Drei Tage nach Langers Tod kommt der Befehl, daß unsere

Kompagnie nach Döberitz, dem Barackenlager, zur Ausbildung am Maschinengewehr soll.

Die Kompagnie ist wie ein aufgeschreckter Bienenschwarm. Der Befehl erscheint uns fast wie eine Erlösung; denn in die traurigen, öden Kaserne ist es uns bald unheimlich zumut nach Langers Tod, nach dem ewigen Exerzieren, dem schlechten Essen, — in dieser Atmosphäre, in der schon Generationen Kelzken vor uns schwiigten, schluchten, hungerzten, gequält wurden der Zukunft entgegenstarrten...“

Hoffnungen auf bessere Verpflegung und bessere Behandlung tauchen auf. Jede Veränderung in seinem Dasein, jeder Wechsel nur — werden in dem Soldaten immer wieder trügerische Hoffnungen, doch allzu bald wird er wieder enttäuscht.

Wir müssen die bisher empfangenen Ausrüstungsgegenstände abgeben und bekommen andere. Sie sind nicht neu, aber doch etwas besser, und vor allem sind wir beim Empfang der Sachen schon etwas gewöhnter und lassen uns nicht alles in die Hand stecken. Auch Schnürstiefel werden neben den Langschäftigen verpaßt.

Von den alten Sachen bleiben uns nur das Gewehr und der Helm.

Tagelang jagt nun ein Appell den anderen: in Stiefel, Schuhen, Hosen, Röhren, Halsbinden, Seilengewehren, Patronen, Taschen — sogar in Taschentüchern und Bruchbeutel. So da einige Hellhörige schon wissen wollen, wir kämen fast nach Döberitz gleich an die Front.

Vor mir steht auf der Puhbank eine große Dose mit Stiefelfett, die ich noch von Hause mitgebracht habe. Mit einer großen Bürste und mit Lappen bearbeitete ich die neu empfangenen Marschstiefel, die so hart sind, daß sie knirschen, als wollten sie brechen, wenn ich sie etwas biege. Ich weiß jetzt, was es bedeutet marschfähige Stiefel zu haben.

Ich reibe und bürtze, daß mir der Schweiß in Tropfen über der Nase in das Fett fällt und meine Arme und Hände dumpf schmerzen.

Nach dem Essenempfang soll Generalappell sein; heute nachmittag werden wir nach Döberitz verladen.

Einige Kameraden in der Stube pfeifen. Adanzit und Gütter sind schon so weit, daß sie ihre Spinde ausräumen und das Bettzeug abgeben. Ich muß mich sehr beeilen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Konflikt in der Deutschen Sozialdemokratie

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem... Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem... Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem...

Man kann dieses Ereignis nicht verstehen, wenn man sich... Man kann dieses Ereignis nicht verstehen, wenn man sich... Man kann dieses Ereignis nicht verstehen, wenn man sich...

Über diese „Tolerierungspolitik“ wird von vielen Genossen... Über diese „Tolerierungspolitik“ wird von vielen Genossen... Über diese „Tolerierungspolitik“ wird von vielen Genossen...

Über eben so sicher ist es, daß diese enge Verknüpfung... Über eben so sicher ist es, daß diese enge Verknüpfung... Über eben so sicher ist es, daß diese enge Verknüpfung...

Die Redaktion des „Klassenkampfes“ begründete eine... Die Redaktion des „Klassenkampfes“ begründete eine... Die Redaktion des „Klassenkampfes“ begründete eine...

Keine sozialdemokratische Partei kann die Freiheit... Keine sozialdemokratische Partei kann die Freiheit... Keine sozialdemokratische Partei kann die Freiheit...

nicht selbst sprengen will. Als die Bildung einer Sonderorgan... nicht selbst sprengen will. Als die Bildung einer Sonderorgan... nicht selbst sprengen will. Als die Bildung einer Sonderorgan...

Die erste Folge des Austrittes einer Anzahl von linken... Die erste Folge des Austrittes einer Anzahl von linken... Die erste Folge des Austrittes einer Anzahl von linken...

Den Genossen mag die Bildung einer neuen „Unabhängigen... Den Genossen mag die Bildung einer neuen „Unabhängigen... Den Genossen mag die Bildung einer neuen „Unabhängigen...

Severing über die preußische Notverordnung

Notverordnungen ein notwendiges Übel — Tarifverträge bleiben geschnitten

Bielefeld, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer öffentlichen Rundgebung der S.P.D. in Raden in Westfalen äußerte sich der preußische Innenminister Severing zu der preußischen Notverordnung wie folgt:

„Die Gesetzgebung durch Notverordnungen bedrückt wohl niemanden, am allerwenigsten die, die zu ihr durch die allgemeine Notlage gezwungen sind. Neben vielen anderen unerfreulichen Seiten hat sie den Mangel, daß ihre einzelnen Bestimmungen in Urprung und Absicht viel schwerer zu erkennen sind, als die Gesetze der ordentlichen Gesetzgebung. Auch mit dieser Verantwortung werden die Notverordnungen belastet, und schließlich werden sie auch für unrichtige Auslegungen verantwortlich gemacht. So hat z. B. eine große Stadtgemeinde im Widerspruch zu dem — in diesem Falle — klaren Gesetzestext angeordnet, daß tarifvertraglich festgesetzte Kündigungsschriften und Kündigungsstermine durch die reichs- und staatsrechtlichen Sondervorschriften außer Kraft gesetzt seien. Das wird — wie gesagt — von der preußischen Verordnung nicht gestützt. Die preußische Verordnung hat den Kreis der geschützten Rechte dahin erweitert, daß auch Tarifverträge geschützt bleiben, und daß Vorschriften von Bestimmungen der Tarifverträge auch dann respektiert werden müssen, wenn Einzelverträge abgeschlossen sind, deren Inhalt auf dem Tarifvertrag beruht.“

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch gegen die Auffassung wenden, als ob die preußische Regierung darauf dränge, ständige Arbeiter der städtischen Verwaltungen und Betriebe zu entlassen und dafür Wohlfahrtserwerbslose einzustellen. Das wäre aus Gründen sozialer Gerechtigkeit und im Hinblick auf die Erfordernisse eines geregelten Betriebes nicht zu verantworten. Bei den Auflagen an die Gemeinden zur Verminderung des Personalbestandes an Beamten, Angestellten und Arbeitern ist gesagt, daß dabei auch eine Entlassung entbehrlicher Arbeiter in Betracht komme. Wenn die Stadtverwaltungen den finanziellen Effekt dieser Vorschrift auf dem Wege einer Herabsetzung der Arbeitszeit im Sinne des preußischen Erlasses vom 27. März erreichen können und wollen, dann wird das der preußischen Regierung nur willkommen sein.“

Von der Tagung der Interparlamentarischen Union

Ueber Mutter- und Kinderschutz

Ein amerikanischer Abgeordneter für Streichung der Reparationen

Bukarest, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In der Montagtagung der Interparlamentarischen Union erstattete die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Luise Schröder einen Bericht über den Mutter- und Kinderschutz. Die Rednerin hob hervor, daß die Staaten gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit für einen körperlich und seelisch gesunden Nachwuchs sorgen müßten. Die Voraussetzung dazu sei ein verstärkter Mutter- und Kinderschutz. In allen Parlamenten müßten die Forderungen für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens auf Ausdehnung des Mutter- und Kinderschutzes um eintreten.

Die Zentrumsabgeordnete des Reichstages, Frau Leusch, nannte den Mutter- und Kinderschutz nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine geistige und kulturpolitische Aufgabe der Nationen. Die sozialdemokratische Abgeordnete Adele Schreiber kritisierte u. a., daß in den lateinischen Ländern für die Väter unehelicher Kinder eine Verantwortung nicht bestehe. Alle soziale Arbeit sei vergeblich, so lange ganze Völkermassen mit Fliegerbomben und Gaswaffen vernichtet werden könnten.

Der nordamerikanische Abgeordnete Euzewitz forderte die Streichung sämtlicher Reparationen, damit die in den letzten Jahren in Mitteleuropa geleistete soziale Arbeit nicht länger gefährdet werde. Die neue Generation dürfe nicht für die Sünden der alten büßen. (Stürmischer Beifall.)

Ein Aufruf des Hamburger Senats

Hamburg, 5. Oktober (Eigener Drahtbericht)

Der Hamburger Senat hat an die Bevölkerung Hamburgs einen Aufruf erlassen, dessen Ernst und Einbringlichkeit durch die bedrohte Knappheit der Formulierung ausgedrückt und noch besonders dadurch unterstrichen wird, daß entgegen der bisherigen Gepflogenheit sämtliche Mitglieder des Senats ihn mit ihrem Namen unterzeichnet haben. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

mus bedroht. Seine Niederlage im Kampf gegen den Faschismus würde es für Jahre, vielleicht für Jahrzehnte, so ohnmächtig und wehrlos machen, wie das italienische Proletariat es ist. Sie würde zugleich die konterrevolutionären Gefahren in ganz Europa entsehrlich vergrößern. Die letzte Quelle der Schwäche des deutschen Proletariats, die den Faschismus so gefährlich macht, ist aber keine Spaltung. Eine Abspaltung von der deutschen Sozialdemokratie könnte die Bruderkämpfe in der deutschen Arbeiterklasse nur noch mehr verschärfen und vergiften, das Proletariat nur noch schwächer machen, die Gefahr des Faschismus nur noch mehr vergrößern. Das vertritt die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland. Und darum hat der Versuch, eine neue Partei, die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den Kommunisten stehen möchte, zu bilden, unzweifelhaft keine Aussicht auf Erfolg. Wie die Unabhängige Sozialdemokratie nach Halle nach der Bildung der Kommunistischen Partei nicht mehr selbständig fortbestehen konnte, weil zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus kein Platz für eine selbständige Unabhängige Partei war, so wird auch für die neue Partei, die Seiwitz und Rosenfeld gründen wollen, schließlich ein Platz im deutschen Proletariat sein. Ihr Versuch kann nur zur Bildung einer Splittterpartei führen, nur wertvolle sozialistische und proletarische Kräfte aus der großen Masse der Arbeiterbewegung ausschalten und sie in unglücklichem Selbstvertrauen vergebend.

Wir österreichischen Sozialdemokraten haben es von Viktor Adler gelernt: wenn die Partei der Arbeiter zeitweilig irrt, so ist das ein Übel, das sie wieder berichtigen kann. Aber wenn die Partei der Arbeiter sich spaltet, dann ist das ein Unglück, das nicht wieder gutzumachen ist. Die Spaltungen der deutschen Sozialdemokraten bestreiten diese Lehre! Man mag über die Taktik der deutschen Sozialdemokratie urteilen, wie man will. Irrt sie, so wird die Geschichte ihren Irrtum berichtigen und sie selbst wird, sei es auch im Kampfe der Meinungen, den Weg finden, den die Geschichte heischt. Wenn sie sich aber spaltet, dann würde das härteste Volkswort fallen, das dem Sieg des Faschismus in Mitteleuropa entgegensteht. Dann würde ein entrechtetes und verwegentliches Proletariat für viele Jahre überhaupt keine Kampfsmöglichkeiten mehr haben — den rechten Weg so wenig wie einen irrtigen Weg gehen können! Darum hundertmal lieber einig einen taktischen Fehler begehen, als um des Streites um der Taktik willen die Abwehrkraft des Proletariats zerstören! Jeder einzelne von uns mag für die Richtung des deutschen Parteivorstandes oder für die Richtung der Linken der deutschen Partei Sympathie hegen, wie es seinen Ansichten entspricht. Aber darin sind wir einig: jede weitere Spaltung des ohnehin schon so verhängnisvoll zerplitterten deutschen Proletariats ist ein Verbrechen an der Zukunft der gefährdeten deutschen Arbeiterklasse.

Der Senat ist in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Er führt nach der Verfassung die Geschäfte weiter. Rechte und Pflichten des Senats sind unverändert. Der Senat ist gewillt, die Staatsautorität zu schützen und Ruhe und Ordnung mit Entschlossenheit aufrechtzuerhalten. Er erwartet von allen Kreisen der Bevölkerung, die Hamburgs Lebenskraft erhalten wollen, daß sie ihn bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen.“

Der Aufruf ist eine Rundgebung des geschlossenen Willens des Senats, die Führung des Staates in der Hand zu behalten und mit Einmütigkeit und Energie den Gefahren für das Staatswohl, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit entgegenzuwirken. Die Schwierigkeiten der Lage Hamburgs sind mit dem Ausgang der Wahl noch erheblich verstärkt worden. Die Kassenlöcher sind außerordentlich groß und durch die Tatsache, daß das Reich seinen Verpflichtungen gegenüber den Ländern nicht gebührend nachkommt, noch erhöht worden. Der Aufruf des Senats muß deshalb gewertet werden, als ein Appell an die Bevölkerung, die Gefahren des Augenblicks in ihrer ganzen Schwere zu erkennen.

Englands Arbeiterpartei gegen Solltarif

Jahres-Konferenz der Labour Party — Vorbereitung der Wahlen

London, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Jahreskonferenz der Labour Party in Scarborough stand unter dem Schatten der kommenden Wahlen. Zwar weiß noch niemand, wann diese Wahlen, ja, ob sie überhaupt stattfinden werden. Aber die Arbeiterpartei muß, wie ihr Führer Henderson am Montag sagte, in Bereitschaft stehen. Sie wird 550 Kandidaten aufstellen, wenn genügende Mittel zur Finanzierung ihrer Wahlkampagne beschafft werden können.

Fragen aus der Versammlung über die Geschichte der Regierungskrise und danach, ob Henderson und seine Freunde der Politik der Ausgabenkürzung auf Kosten der Arbeitslosen zugestimmt hätten, wurden nicht beantwortet. Auch ihre Diskussion wurde nicht zugelassen. Der Vorsitzende der Konferenz Stanley Hird, betonte in seiner Ansprache, wie notwendig gerade jetzt die Einigkeit in den Reihen der Partei sei. Die Partei werde gegen den Solltarif kämpfen, der die Erholung der Wirtschaft verlangsamte und die Lebenshaltung des Volkes verteuern würde.

Das Hindu-Moslemproblem stört die Indienkonferenz

Die Verfassungsfrage soll jetzt in den Vordergrund geschoben werden.

London, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Indienkonferenz kommt nicht über die Schwierigkeiten des Hindu-Moslem-Problems hinweg. Der Verfassungsausschuß hat sich inzwischen bis zum Freitag vertagt in der Hoffnung, daß bis dahin eine Einigung zwischen Gandhi als dem Vertreter des Kongresses und den Delegierten der Mohammedaner erzielt wird.

Der „Daily Herald“ ist der Meinung, daß die Verfassungsfrage auch weiter beraten werden kann, wenn die Beziehungen zwischen Hindus und Moslems nicht vorher geklärt sind. Auf konservativer Seite bestehe die Tendenz, dem Hindu-Moslem-Problem auf der Konferenz eine übertriebene Bedeutung zuzuschreiben. Tatsächlich seien die Aussichten für die Lösung auf der Konferenz ungünstig, denn keine der beiden Parteien sei für diesen Zweck richtig vertrieben. Aber die Aufgabe der Konferenz sei auch die Ausarbeitung einer indischen Verfassung, und nicht nur die Lösung dieses Problems. Bei einem Scheitern der Konferenz an der Hindu-Moslem-Frage würde man auf konservativer Seite die Verantwortung Gandhi und damit eigentlich dem Kongress zuschieben wollen. Dieses sei, so jagt der „Daily Herald“, die eigentliche Bedeutung einer Erklärung Lord Sankeys, daß man vom Freitag ab ohne Unterbrechung verhandeln wolle, ohne sich um die ungelösten Fragen zu kümmern. Die Verfassungsfrage solle dann endgültig in den Vordergrund der Konferenz geschoben werden.

Hand- und Kopfarbeiter!

Bergeht nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werden

Sammlen-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 2. Oktober 1931 verstarb unser Freund und
Verbandkollege, der Tischler-Invalide
Paul Rohr 6791
im Alter von 56 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. Oktober, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel (St. Nikolai).

Für die beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes
Artur Leuschner
bewiesene Anteilnahme, das zahlreiche Grab-
gelände und die reichen Kranzspenden, sagen wir
allen Verwandten und Bekannten, sowie dem
Männerchor Breslau, den Freien Schwimmern
Breslau und den Mietern des Hauses Kosopoth-
straße 16 hiermit unseren herzlichsten Dank.
Besonderen Dank Herrn Pastor Altmann
für die trostreichen Worte. 686?
Breslau, den 5. Oktober 1931
Wilhelm Adam und Frau
Alma, geb. Leuschner.

**Verband der Nahrungsmittel- und
Getränkearbeiter, Ortsgr. Breslau**
Achtung! Achtung!
Mittwoch, den 7. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

**Allgemeine Brauerei-
arbeiterversammlung**
Tagesordnung: 1. Der kommende Hunger-
winter und die Aufgaben der Arbeiter-
bewegung. Redner: Reichstagsabge-
ordneter Buchwitz-Görlitz. 2. Freie
Ausprache. — Alle in den Brauereien
Beschäftigten, auch die anders organi-
sierten Kollegen, sind zu dieser Ver-
sammlung eingeladen. Jeder muß zu
der wichtigen Versammlung erscheinen.
Der Vorstand.

STADTTHEATER
Dienstag, 28. bis 29.
Abonn.-Vorstellung E 3
Don Giovanni
Mittwoch, 29. bis 30.
Abonn.-Vorstellung F 3
Cavalleria rusticana
Der Bajazzo
Donnerstag, 30. — 31.
Abonn.-Vorstellung D 3
Othello

LOBETHEATER
Täglich 20.15 bis 23
Elisabeth von England

TRALIA THEATER
Täglich 20.15 bis 22
Mina 9764

Schauspielhaus
Gaispiel 9765
Deutsches Theater, München
Täglich 8 1/2 Uhr
Breslaus Sensation
Im weißen Röhl
Die Darsteller des Weißen
Röhls tragen die bekannte
Kette.
Schweidnitzer Straße.
Vorverkauf ununterbrochen
Tennis 36300 und 33550

AKZAR
Tanzpalast / Varieté
Zirkus-Revue
Breslaus Nachtleben!
TACHBUNN
(früher Broadway)
Bierkabarett u. Tanz
Tägl. das große Lustprogramm
Publikums-Tanz

WAPPENHOF
Ab 4 Uhr:
Das internationale Programm!
2 Accolans, Oskar Wiktor, Edith
Hagedorn, Tante Lena, Nauti u. Nauti
Frasziska u. Georgia Manuel, Katie
Leissner, Ungarisches Prok. Balogh-
Trio, Charlotte v. Tscherschkoff
Wappenhof-Abendvorstellung
2 Kapellen, Ball 2 Kapellen
Eintritt: Nachmittags 30 Pf., Abends 50 Pf.

Die **Comedian Harmonists**
sind am Freitag, den 16. Oktober
im Breslauer Konzerthaus
persönlich bei
Felix Kayser
Auch der beliebte Pianist
Herr Erwin Botz
kommt wieder mit — Eintrittskarten
0.80, 1.10, 1.60, 2.—, 3.— ab 8. Okt. bei
Felix Kayser

Gesellschaftshaus Silesia, Heudorfstr. 54
Heute **Ball** • Herren u. Damen
eingeladener!

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
**Der kosmische
Raum**
Zu beziehen durch die Buchhandlung
K. Sellner u. die Buchhandlung
Bertäufte
Elektr. Drehrolle
billig zu verkaufen
J. Schammel, Breslau 23
Hofmeisterstraße

Kursus in Stenographie
8. Okt., 20 Uhr, Zwinger-Gymnas.
Mit Lehrbuch 4 M., Arbeitsheft 2 M.
7114-444
Lehrer Krieger leitet den Kursus
Dasselbe in Reichskurzschreib.

Adamynin bei Rheuma, Nierenleiden
etc., in allen Apotheken
Carl Adamy Breslau, Bismarckstr.
(Mohren-Apothek.)
Genossen deckt Euren Bedarf
unseren Inserenten!

Deutsche Friedensgesellschaft, O. G. Breslau
Thema: **Reichswehr Außenpolitik Pazifismus**
Donnerstag, den 8. Oktober, 20
**Gr. republikanische
Versammlung**
im großen Saale des
Schießwerder
Referent:
Der frühere sächs. Ministerpräsident
Dr. Erich Zeigner, Leipzig
Unkostenbeitrag 30 Pf., Erwerbslose 10 Pf.
Freie Aussprache!

Ein europäisches Ereignis
ist
Wahn-Europa 1934
Eine Vision von HANNS GOBSCH
Ein hinreißend lebendiger Roman und zugleich ein hoch-
politisches Werk von außerordentlicher Aktualität. Es
geht darin um Probleme, die gegenwärtig alle Welt in
Atem halten. Die Gesinnung, die daraus spricht, muß
bei allen Völkern Europas die Vorherrschaft ge-
winnen, wenn die von Hanns Gobsch geschaute
Vision nicht recht bald grausige Wirklichkeit werden soll.
Der 348 Seiten starke Leinenband kostet
trotz erstklassiger Ausstattung nur **4.80 Mk.**
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 Fiersstraße 4

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren
Georg Moese
Sandstraße Nr. 13 und Anderssenstraße Nr. 7
Rittermarkthalle Stand 1 u. 2 Fernspr. 555 83

Hugo Henischel Dtsch.-Lissa
Dyherafert-Str. 1a
Fabrik für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig Matthias-
Straße 148
Feinste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheitniger Str. 23
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Berndt Weissenburger
Straße 4
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-
Karlstz. 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Hermann Kipke Frankfurter
Straße 174
Fleisch- und Wurstwaren in bekannter Qualität

Paul Merettig II
Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Breslau-Grübelstraße, Bachmannstr. 15

Paul Kursow Neudorfstr. 28
Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Emil Lüdeck Steinauer
Straße 6
Fabrik ff. Fleisch- und
Wurstwaren

Fritz Kaps Klosterstraße 7
ff. Fleisch- und
Wurstwaren
Berücksichtigt
unsere Inserenten!

Pfandhäuser

**Beleihung von
Wäsche, Betten, Kleidungs-
stücken, Gold- u. Silberwaren**
Julius Grundmann Treibitzer
Straße 21

**Geld auf Pfänder
Leihhaus Rose**
Friedrich-Wilhelm-Straße 67, Telefon 53612
u. Brandenburger Straße 24, Telefon 39624

Bäckereien und Konditoreien
Richard Scholz
Bäckerei und Konditorei — Blücherstraße 27

Wäsche, Berufskleidung
Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (nahe Ring)
Gute Berufskleidung und Wäsche
Eigene Anfertigung

Wäsche aller Art nur bei Lutz Manneberg Breslau,
Reuschestr. 45

Fahrräder und Reparaturen
Fahrradhaus „Frisch auf“
Nikolaistraße 78/79
Bundesgeschäft d. Arb.-Radf.-Bundes. Solidarität-
Fahrräder, Motorräder, Sprechmaschinen, Nähmaschinen

Karl Borst jun. Steinauer
Straße 12a
Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate
Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet!

Fahrradhaus Gomolka
Sonnenplatz Ecke Telegraphenstraße
Fahrräder :: Motorräder :: Ersatzteile
Reparaturwerkstatt

Kaufhäuser

**Kauft bei Blasse
Blasse ist billig**
Nur Graupenstraße

Gasstätten u. Gasthöfe

Julius Randtke, Scheitniger Str. 33
Zeichn. Mithras der aufgelösten Firma Brauerei Wacker
Inhaber: Richard Julius Randtke. — Keine Filiale
Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

**Trinkt Mischke-Crème
anerkannt vorzüglich**

Eisenwaren

Eisenwaren und Wirtschaftsgüter
kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei
Nosler & Mocsner Seidenstraße 38
Ecke Tannenstraße

Bäckerei u. Konditorei
Ernst Glatz
Bohrauer Str. 37
Telefon: 30894
Bäckerei
und Konditorei

Staats- und Privat-Lotterielose
Lehnert, Staatliche Lotterie-Einnahme
Breslau 5, Gräbschener Straße 1 (Sonnenplatz)
Postscheckkonto 67305 Fernruf 58815

Molkerei-Produkte
Fernruf 532 95 **Alsen-Molkerei** Fernruf 532 95
Hermann Neugebauer, Alsenstr. 86
Milch, nach dem neuesten Verfahren dauer-
pasteurisiert, garantiert für Reinheit u. Qualität.

Molkerei Emanuel Kroll Tel. 592 24
empfiehlt voll- Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u.
Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei.
Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle
Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften
Alsenstraße 21 und Lehmdamm 2.

Central-Dampfmolkerei Bettlern
Hermann Walter
Stadtgeschäft: Gabitzstraße 39
Der Neuzeit entsprechende, mustergült. Betriebs-
einrichtung. Spez.: Schlagsahne, Fettkäse u. Quarg.

Verlangen Sie stets und ständig die guten, schmack-
haften Molkerei-Erzeugnisse sowie die fetthaltige,
tiefgekühlte, wohlbekömmliche Vollmilch der Molkerei
Scheloske & Sohn, Breslau Klein-Tschansch
Fernruf 547 10 In sämtlichen durch unsere
Plakate gekennzeichneten Spezial-
geschäften erhältlich

Beerdigungs-Anstalten

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann
Klosterstraße 95/97 Breslau 8 Telefon 58747
Zweiggeschäft Gräbschener Straße 43
Beerdigungen, Ueberführungen, Feuerbestattungen
Neuzeitl. Ueberführungs-Autos
Großfuhrbetrieb
Begräbnis-Versicherung
Prospekte kostenlos Vertretersbesuch unverbindl.

Metallbettstellen, Matratzen

Leier & Blawinski
Breslau, Herrenstr. 31 u. Schweidnitzerstr. 10

Schuh- und Lederwaren

Emil Klämpf Fried.-Wilhelms-
straße 84
empfiehlt Offenbacher Lederwaren
Koffer, Schultaschen u. Aktenmappen
zu billigsten, aber festen Preisen

**Die Genossen kaufen gut im
Schuhhof, Bohrauer Str. 7**
Reell u. billig

Wo kauft man seine Ledersohlen? Bei Gutsche, überall empfohl.
Albert Gutsche Breslau, Reuschestr. 53
Telephon 250 92
Bekannt leistungsfähige Leder u. Schuhbedarfsartikelhandl. Schlesien
Gräbschener Str. 19/21 Mollkestr. 14 Bohrauer Str. 27 Postf.

Oswald Grunwald
Tel. 215 78 Taunentzienstraße 130 Tel. 215 78
Lederhandlung • Zigarren • Zigaretten • Tabak

Zigarren, Zigaretten

Wilhelm Gondok Oelsnerstraße 1
Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qualität
Telephon 44 23

Bekleidung

Gustav Starz
Oelsnerstraße 15
empfiehlt sich zur Anfertigung eleg. Damen-
Herren-Garderobe, sowie Herren-, Sport-
Gehelpen nach Maß zu **billigsten** Preisen

Hüte und Mützen
Hermann Barth
Gräbschener Straße 12 Teichstraße

Herrenkleidung jeglicher Art
in größter Auswahl u. preiswert, direkt in der Herrenkleiderfabrik
Gebr. Lachmann
Reuschestraße 57, Ecke Krullstr.
Selt 40 Jahren

Breslauer Nachrichten

Parteimitglieder Breslaus! Genossinnen und Genossen!

Die Parteispaltung ist vollzogen und damit der bisherige Apparat zum Teil auseinander gefallen. Ohne Funktionärrapparat aber keine Bewegung. Der Wiederaufbau ist unsere dringendste Aufgabe. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, bleiben den zwölf Abteilungsleitern sechs der Partei treu...

Neue Distriktsleiter
Sofort in folgenden Distrikten vorzuschlagen:
1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 17, 20, 21, 24, 25, 26, 29, 30, 33, 36, 38, 41, 43, 45, 46, 48, 49, 51, 52, 54.

Neue Frauenleiterinnen
ebenfalls sofort in folgenden Distrikten vorzuschlagen:
1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 24, 26, 28, 29, 30, 33, 36, 37, 38, 39, 42, 45, 46, 48, 51, 54.

Sämtliche Abteilungsleiter, Distriktsführer und Frauenleiterinnen, auch die neu vorzuschlagenden, laden wir hiermit für Mittwoch, den 7. Oktober,

das Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses zu einer wichtigen Sprechung ein.
Aus jedem Distrikt muß der Distriktsführer und die Frauenleiterin, resp. die von den Genossen provisorisch beauftragten sein. Daselbe gilt für die Abteilungsleiter. Es wird reichliches Erscheinen erwartet.

Was weiter zu beachten ist
Von vielen Seiten erhalten wir Mitteilung, daß die drei abtätig gewordenen Funktionäre, die noch in ihrem amtlichen Charakter der SPD. umsehen. Einige Distriktsleiter haben mit dem Büro der SPD. nicht abgerechnet, sondern vereinbarte Gelder Eckstein übergeben. Weiter sind der Partei gehörende Gegenstände verschiedenster Art widerrechtlich weggenommen worden.

Auf vielfache Anfragen erklären wir dazu folgendes:
Der § 19 des Parteistatuts der Gesamtpartei besagt:
Der jeweilige Parteivorstand (der Gesamtpartei) ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.
Sämtliche Kassierer und Distriktsführer, die widerrechtlich Gelder, oder an andere Stellen abliefern, werden zur Verantwortung gezogen und haben die Folgen zu tragen.
Sämtliches, widerrechtlich in Besitz genommenes Eigentum der Partei wird eingeklagt werden, da wir keine Neigung haben, nach Hinterzungenmanier um diese Sachen zu prügeln. Die Kassierer der SPD. erhalten

besondere Ausweise.
Jedes Mitglied verlange von seinem Kassierer diesen Ausweis; hat dann die Gewißheit, daß der Beitrag nicht in unrechtes Hand kommt.

In einigen Distrikten geben die Spalter Handzettel zu Sammlungsbestimmungen mit der Bezeichnung SPD. aus. Sie scheinen sich von ihrer neuen Firma keine Rechte zu versprechen. Genossinnen und Genossen, beachtet die Handzettel nicht. Das Recht zum Einberufen von Versammlungen haben nur die Funktionäre der SPD., die nach der letzten Versammlung bekannt gemacht werden.
Alle Veranstaltungen der SPD. werden in der „Volkswacht“ bekannt gemacht.
Es wird versucht, die Genossen zum Abbestellen der „Volkswacht“ zu veranlassen. Genossen, haltet nach wie vor der „Volkswacht“ die Treue. Nur sie ist das Organ der werktätigen Bevölkerung.

Vorausichtlich findet Freitag oder Sonnabend eine große Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Wels sprechen wird.
Ebenso wird Genosse Vöbe bald nach seiner Rückkehr zu den Mitgliedern sprechen und gegen das Verbrechen der Spaltung Stellung nehmen.

Genossen, an die Arbeit!
An die Arbeit alle bewährten Kämpfer! An die Arbeit aber auch diejenigen, die, des ewigen Jankes und Streites müde, von der Arbeit zurückgezogen hatten. Laßt euch an Aktivität an den Spaltern nicht übertrumpfen! Sobald die Grundlage der Organisation in den Distrikten neu geschaffen ist, werden die Distriktsversammlungen beginnen. Wir werden Redner stellen, den Mitgliedern wirklich etwas zu sagen haben. Der niederdrückende Jank und Streit wird aufhören; wir sind wieder eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten!
H. Bretthorft.

SPD.-Beamte
Donnerstag, den 8. Oktober, 20 Uhr, treffen sich alle SPD.-Beamten im Zimmer 17 des Gewerkschaftshauses. Gleiches Erscheinen wird erwartet.

Die Herofstraten
Eine Gewinn- und Verlustrechnung

Im Altertum zündete Herostratus in Ephesus den Tempel der Diana an, um sich berühmt zu machen. Er verübte damit zwar eine Kulturthat, aber er hat doch erreicht, daß sein Name bis auf den heutigen Tag nicht erloschen ist. Solch ewigen Ruhm wird Ernst Eckstein nicht ernten. Er hat zwar in dem stolzen Bau der deutschen Sozialdemokratie einen Stubenbrand entfacht, der aber den Bau selbst nicht gefährden konnte. Und bei näherem Zusehen hat der Brand nicht viel mehr als eine Gardine erfaßt.

Eine traurige Tat, ganz gewiß, aber müssen wir nun klagen, daß wir mit dem Brande zugleich den ungeeigneten Mieter der Stube losgeworden sind? Hätte man ihn nicht lieber hinausjagen sollen, als er mit dem Feuer zu spielen anfing? In die Empörung über die Parteispaltung mischt sich heut noch bei so manchem treuen Genossen ein gewisses Bedauern über Eckstein, der ins Irre gegangen sei, und der hoffentlich seinen Irrtum bald einsehen und wieder zur Partei zurückkehren werde. Solche Meinungen und Hoffnungen dürfen wir uns getrost aus dem Kopfe schlagen. Was die jahrelange Tätigkeit des Dr. Eckstein der Partei eingebracht hat, das zeigt sich jetzt am Schluß. Alles, was er schaffen half, hat er redlich eingerissen. Nicht nur die Erfolge seiner Arbeit, sondern die von jahrelanger Arbeit treuer Genossen und Funktionäre. Die Partei wird am Ende des Stunks kaum ein Mitglied mehr haben, als am Anfang der Eckstein-Periode.

Eckstein und seine Spalter werden sich freilich täuschen, wenn sie glauben, daß ihr Verbrechen an der notleidenden Arbeiterklasse noch schwerere Folgen für unsere Partei haben wird. Die von ihnen in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Ziffern über ihren Anhang stimmen nicht. Dürfen wir daran erinnern, wie oft schon Ecksteins Erfolgssziffern bei kritisch veranlagten Distriktsführern Bedenken erregten? Auch beim Parteikassierer Hermann, der nicht an Ecksteins Worten, sondern am Mehrumsatz von Beitragsmarken festzustellen pflegte, um wieviel Mitglieder die Partei in Wahrheit zugenommen hatte. Und dieser Zuwachs war, wie schon gesagt, durchaus nicht das Werk des Bürgers Eckstein mit der proletarischen Art des Redens, sondern die wirklichen Proleten haben ihn hervorgebracht. Dürfen wir auch daran erinnern, daß bei allen Abrechnungen immer die Distrikte am besten abgeschrieben haben, die kritisch zu Eckstein und seiner „Richtung“ standen?

Bei uns wird sicher Freude über jeden herrschen, der sein Scheiden aus der Partei einmal bereut, und der den verhängnisvollen Schritt durch Rückkehr zur Partei wieder gut zu machen sucht. Selbst Eckstein könnte dann verziehen werden, aber heut steht nichts anderes vor uns als die verbrecherische Tat der versuchten Spaltung. Und der verbrecherische Wille reicht weit über das hinaus, was man erreicht hat und je erreichen wird. Das werden wir uns vor Augen halten müssen, wenn wir nun daran gehen, erneut die Reihen zu schließen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Ja, wir werden überhaupt nicht an die Rückkehr einer nennenswerten Zahl derer denken können, die von uns scheiden. Denn ihr Weg führt zum politischen Indifferentismus, nicht nach vorwärts und in den seltensten Fällen zurück zur Partei. Hat denn etwa die „Wiedervereinigung“ mit der USK unsere Reihen wesentlich gestärkt? Ganze drei Duzend haben wir in Breslau von dieser Partei

geerbt, wie wenige werden es da einmal von der Splittiergruppe Eckstein sein, wenn diese „sozialistische Arbeiterpartei“ sich auflöst.

Manch einer, der in diesen Tagen schwankend geworden war, wünscht der Treue zur Partei, und der Treue zur Person, die führend gewesen ist, hat sich darauf besonnen, daß die Partei in jedem Falle über der Person steht. Manch einer, auf den Ernst Eckstein gerechnet hat, ist ihm nicht gefolgt. Und am Ende wird auch er von sich sagen können:
Doch leider, in des Weges Mitte
Verließen die Begleiter mich,
Lenkten seitwärts ihre Schritte,
Und einer nach dem andern wich!

Wenn der verhinderte Kassale dann nachzählen wird, wie viele von den „Dreitausend“ aus der bürgerlichen Presse er wirklich in seinem Mitgliederverzeichnis haben wird, nachdem sie den ersten Beitrag bezahlt haben, dann wird sich sein Herofstratenherz merklich beruhigen. Und wo wird erst der Reiz der Kritik bleiben, wenn man unter sich ist? Entweder die Sache wird langweilig oder man fängt unter sich zu streiten an. Der Meinungen sind ja auch innerhalb der Splittiergruppe so viele, als sie Köpfe zählt. Wie oft haben wir nicht in unseren Versammlungen die Worte gehört: „Ich bin der Meinung“. Ja, auf das Ich kommt es bei der Meinung immer am meisten an, zwar nicht bei wirklichen Sozialisten, wohl aber bei den individualistischen Anarchisten, als die die man die Spalter wohl ansprechen kann. Sie können nicht Kommunisten sein, weil man dort überhaupt keine Meinung haben darf. Sie können aber auch nicht länger Sozialdemokraten bleiben, weil sich die Meinung des lieben Ich doch seiner Mehrheit einordnen kann.

Wesentlich anders bleiben die Ausichten bei uns. Wenn nicht in jeder Versammlung ein Duzend Jährlinge ihre maßgebliche Meinung an den Mann zu bringen brauchen, dann werden wohl öfter einmal fruchtbringendere Worte im Sinne des Sozialismus fallen als in letzter Zeit. Viel Wissen schlummert in Gewerkschaften und Genossenschaften. Viel sozialpolitisches Wissen muß Allgemeingut werden. Und wir haben doch auch von politischen Erfolgen zu berichten. Es ist doch merkwürdig, daß die Grzesinski und Severing bei den Breslauer Arbeitern gar nicht schlecht abgeschrieben haben wenn sie von anderer Seite nach Breslau geholt wurden. In der Parteiversammlung freilich wurde immer die Politik der Führer verdammt, ohne daß man einen von ihnen als Redner nach Breslau bestellt hätte. Paul Vöbe, den man als Breslauer Spitzenkandidat nicht ausschalten konnte, hat ja auch in unseren Parteiversammlungen niemals schlecht abgeschrieben. Vor ihm schwingt „Genosse Ich“ mit seiner Meinung, um bei nächster Gelegenheit doch zu bekunden, daß er sie nicht geändert hatte.

Nun wollen wir uns in Breslau erst einmal gründlich über die Politik im Reich informieren. Sie müssen alle ran, die Wels und Braun, die Leipart und Wisseff, die Heilmann und Sollmann, sie alle, die seit Jahren nach Breslau nie verlangt wurden. Und dann werden wir ja hören und prüfen können, ob sie uns besseres zu sagen haben als Seidewitz und Ziegler. Erst nachher möge sich mancher überlegen, ob es lohnt, den Spaltern nachzulaufen, oder ihnen nachzuweichen.
R. Durr.

„Arbeiterpartei“ ruft nach Severingpolizei um eingeladene SPD.-Leute hinauszubefördern

Wir haben bereits gestern auf die kostbaren Manieren der neuen Arbeiterpartei hinweisen müssen, als man irreführender Weise auf Handzetteln unsere Leute zu einer Versammlung einlud, in der Ziegler sprechen sollte. Obgleich man SPD.-Genossen ausdrücklich als solche eingeladen hatte, wurde ihnen jedoch der Eintritt in den Saal verweigert, als man sah, daß ihrer doch recht viele gefolgt waren. Erst als einige beherrschte Tschankener Genossen es verstanden hatten, sich Eintritt in den Saal zu verschaffen, folgten ihnen eine Anzahl Parteigenossen.

Nun wurde es dem Versammlungsleiter Schuler doch ein wenig bange und er forderte kurzerhand die anwesenden und eingeladenen Parteigenossen auf, wieder den Saal zu verlassen. Selbstverständlicher Weise leisteten die Genossen dieser Aufforderung nicht Folge. Nachdem Ziegler sich für 20 Mark den Saal und somit das Hausrecht gesichert hatte, ließ er die Polizei holen und die anwesenden und erst so freundlich eingeladenen Genossen mit der Polizei aus dem Saale befördern. Damit war allerdings auch der Saal leer, und die nun einmarschierenden Schutzstaffel-Leuten konnten einigermaßen den Saal füllen, um allein den „geistvollen“ Ausführungen Zieglers zu lauschen.

Wer nun geglaubt hatte, daß Ziegler eine wirkliche Klarstellung der auf der Tagesordnung stehenden Probleme, eine wirkliche Auseinandersetzung herbeiführen wollte, sah sich getäuscht. Anstelle eines grundsätzlichen Referats über die historische Notwendigkeit einer neuen Parteigründung, leitete er seine Ausführungen mit allgemeinen und allzu oft gehörten Behauptungen, von den Banzgen ein, welche eine Meinungslosigkeit in der Partei nicht dulden wollen. Es war beschämend, aus diesem Munde zu hören, daß die „Banzgen“ einen parvenühaften Neukapitalismus darstellen, der schlimmer sei, als der geborene Kapitalismus. Und dann ging es los. Zwischen der Regierung Brüning und dem Faschismus gebe es keinen Unterschied. Die Gewerkschaften können mit den bisherigen Mitteln keine erfolgreichen Kämpfe mehr führen. Die neue Partei werde keine Kompromisse mehr machen usw. Der Rest der Ausführungen Zieglers erschöpfte sich darin, sich umständlich und breit als Märtyrer hinzustellen und sich für die Parteispaltung zu entschuldigen.

In der nun folgenden Aussprache beabsichtigte Genosse Steffen, sich mit Ziegler und der neuen Partei grundsätzlich auseinanderzusetzen. Er wies einleitend auf das Verhalten der Reaktion seit 1918 hin, die mit eisernen Nerven Schritt um Schritt organisiert und gerungen habe, um jetzt, dank dieser Politik der langen Sicht, die Erfolge einzuharmonisieren. Hieron müsse die Arbeiterklasse lernen. Die jetzt erfolgte Parteispaltung sei ein Nervenzusammenbruch von Teilen der Arbeiterklasse. Defonominische Voraussetzungen für die Gründung einer neuen Partei bestehen nicht, die Verächter der Zusammenbruchstheorie werden eine grausame Enttäuschung erleben. Die Arbeiterklasse habe übergenug von den Spaltungen, dies umso mehr in einer Zeit, wo sich das reaktionäre Bürgertum mehr und mehr in einer einheitlich reaktionär-faschistischen Partei zusammenschließt.

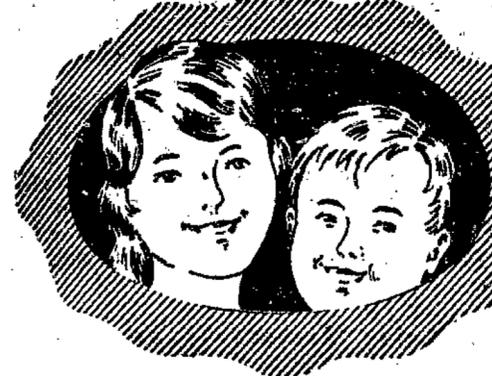
Diese Ausführungen fanden selbstverständlich nicht den Beifall der Zieglerischen Gardien und der Versammlungsleiter Schuler benutzte die Gelegenheit, um den Genossen Steffen zu unterbrechen und zu erklären, daß die Redezeit nur 10 Minuten betrage. Vorher hatte man davon nichts gehört. Als Genosse Steffen sich nunmehr direkt mit den Zieglerischen Ausführungen befaßigten wollte, wurde er erneut von Schuler unterbrochen und ihm das Wort entzogen. Wie schlecht muß es um diese Leute stehen, daß sie zu Mitteln greifen, die man sonst so heilig kritisiert. Als man den Rednern der Opposition auf den Parteitag das Wort beschnitt, schrie man über Meinungsterror und Unterdrückung.

Die Genossen in Tschankel haben die Praxis der neuen Partei kennen gelernt. Sie werden nunmehr in einer neuen Versammlung Stellung nehmen und entscheiden. Nachdem Ziegler und seine Freunde aufgetreten sind, wird die Entscheidung nicht schwer fallen. Sie wird lauten: Für den Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus unter Führung der einheitlichen und geschlossenen Sozialdemokratischen Partei!

Freitod einer Greisin

In den frühen Morgenstunden des Montag wurde in ihrem Zimmer in einem Heim in der Friedrichstraße die 83jährige Frau Pauline H. tot aufgefunden. Sie hatte die Gashöhne geöffnet und auf diese Art freiwillig mit dem Leben Schluss gemacht. Ein langanhaltendes Leiden dürfte die Greisin lebensüberdrüssig gemacht haben.

Viele Raucher wollen preiswert aber doch gut rauchen - sie werden also lange suchen und schliesslich auch die neue CLUB probieren. Dann werden sie begeistert sagen: Das ist endlich die richtige 3 1/3 Pfennig-Zigarette! 6 Stück 20 Pfg.
Image of a CLUB cigarette pack.



MITTWOCH KINDERTAG

Mütter,

ist es nicht gerade in Zeiten wie den augenblicklichen ein herrlich schönes Gefühl, daß Sie sich wenigstens in bezug auf die Kleidung Ihrer Kinder keinen Wunsch zu versagen brauchen?

Denn wenn Sie an unseren Kindertagen zu uns kommen, um aus unseren beinahe unerschöpflichen Vorräten das herauszusuchen, was für Ihre Kinder das netteste und bestgeeignete ist, dann werden Sie sehen:

auch das Schönste, Beste, was Sie wählen könnten, ist bei uns

unsagbar billig!

Nehmen Sie unseren Kindertag wahr — und

GEHEN SIE ZU

Nachdruck von Wort und Bild verboten!



Flotter Mantel: guter Fantasiestoff, gut verarbeitet: großer Lammskragen. Größe 60-95. In Größe 60 (andere entsprechend) **875**

Mollig-warmer Mantel mit großem Ejarée-Kragen. In neuen Farben. Größe 45-65. In Größe 45 (andere entsprechend) **525**

Reizender Hänger in gemustertem Cordsamt; kunstseidener Ripskragen. Größe 40-60. In Größe 40 (andere entsprechend) **225**

Der stets flotte Kieler-Mantel: solide, kräftige Ware; warmes Fancyfutter. Für 1 bis 2 Jahre (andere entsprechend) **375**

Reinwollener, kamelhaarfarbiger Flauschmantel; ganz auf Kunstseide verarbeitet. Für ca. 2-3 Jahre (andere entsprechend) **1150**

Breslau
Ohlauerstr. 10-11
Ecke Altbückerstr.

Nord-Ost bleibt sozialdemokratisch

Es geht um unsere Partei!

Von Dr. Korn-Steine

Es ist bekannt, daß es auch im Landkreis Breslau und in der Provinz Parteigenossen, ja sogar ganze Ortsgruppen gibt, die die augenblickliche Tolerierungspolitik der Partei für taktisch falsch halten. In erster Linie maßgebend für diese Meinung sind die agitatorischen Hemmungen, besonders im Kampfe mit den radikalen Parteien. Wir haben im Nord-Ostgebiet des Landkreises auch keine Gelegenheit verjümt, unsere Ansicht der Parteimehrheit gegenüber zum Ausdruck zu bringen, wir glauben allerdings, unserem Klassenbewußtsein nichts vergeben zu haben, wenn wir das in einer kameradschaftlichen und sachlichen Weise taten.

Unsere Stellung hat uns oft, wie das gar nicht anders möglich war, an die Seite der Breslauer Parteioptionen geführt, zumal wir in die Treue der Breslauer Parteioptionen keinen Zweifel setzten. Diese Tatsache zeitigt jetzt die sonderbarsten Folgen. In großjüngigster unaufrichtiger Weise reflektieren uns die Breslauer parteispaltenden Elemente für sich. Jeder scheint dadurch eine Verwirrung angerichtet zu werden, die nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt und die darin ihren Ausdruck findet, daß ich täglich von Parteigenossen und Funktionären aus dem Bezirk gefragt werde, wie meine Haltung bzw. die Haltung unserer Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost im Parteikonflikt sein wird. Um weitere Verwirrung zu vermeiden, ist es deshalb notwendig, unsere Haltung auf das Genaueste zu präzisieren, trotzdem mir persönlich das eigentlich überflüssig erscheint.

Wir haben immer für die Partei gekämpft und niemals gegen die Partei. Wenn wir in taktischen Fragen manchmal unsere eigene Meinung hatten, so geschah das nicht, um die Partei zu schwächen, sondern um sie zu stärken, indem wir diejenigen Volksgenossen, denen die Tolerierungspolitik unverständlich war, zu erfassen und aufzuklären suchten. Wir verteilten daher aufs schärfste die Breslauer Parteispaltung. Selbst wenn man hundertertei berechnete persönliche und sachliche Gründe dafür ins Feld führen könnte, so bliebe sie trotz aller Rechtfertigung immer ein Verbrechen an dem Kampfe der Arbeiterklasse um die Freiheit. Denn das höchste Gesetz der Taktik kann immer nur das Gesetz der Einigkeit und der Einheit sein. Nur starke Armeen können heute siegen. Wenn diese Einsicht, die sich klar aus der Kampfgeschichte der Arbeiterbewegung herauskristallisiert hat, vielleicht manchem Geführten noch nicht gekommen ist, so muß sie eine Selbstverständlichkeit sein für den intelligenten Führer. Daß die Führer der Breslauer Parteioptionen gegen diesen proletarischen Glaubenssatz verstoßen haben, belastet sie mit einer großen Schuld. Es gibt keinen Grund, es gibt keine persönliche Kränkung und kein sachliches Argument, das jemand heute das Recht geben könnte, dem gegen Faschismus kämpfenden Klassengenossen in den Rücken zu fallen.

Wir lehnen deshalb ein Zusammengehen mit den Breslauer Parteipaltern energisch ab und werden uns mit allen Kräften dagegen wehren, daß der Geist der Zwietracht in den Reihen des ländlichen Proletariates Wurzel faßt. Ob den Breslauer Parteipaltern Recht oder Unrecht getan wurde, steht hier nicht zur Debatte, das können wir ohne Kenntnis der Einzelheiten auch nicht entscheiden. Mag die Schuld, wie ja fast immer im Leben, auf beiden Seiten gelegen haben, die größte Schuld trifft die Spalter, denn sie haben sich an der Einheit des Proletariats veründigt. — Wir warnen deshalb unsere Parteigenossen, in die Reihen der neuen Arbeiterpartei einzutreten, die ganz wangsäufigerweise keine Dabeinsberechtigung und keinen Lebensraum haben kann.

Wir werden weiter unsere Meinung sagen, wenn wir glauben, mit der Parteimehrheit nicht einverstanden zu sein. Aber wir werden uns rücksichtslos von jedem ablehnen, der nicht für, sondern gegen die Partei ist. Eine Opposition innerhalb einer großen Partei hat überhaupt nur dann eine Dabeinsberechtigung, wenn sie die Partei stärkt und ihren Reichen neue Kämpfer zuführt. Es ist nicht der Sinn einer Massenbewegung, wie sie der Sozialismus darstellt, auf Kosten des Gesamtwohles die Sonderwünsche einzelner Ehrgeiziger zu erfüllen.

Hier scheidet sich klar der Geist der Opposition von dem Geiste kleinlicher Zänkereien. Wir bedauern es aufs tiefste, daß die Scheidung von den Kampfgenossen von gestern nicht in einer ehrlichen, vornehmen und ruhigen Weise geschehen konnte. — Die Führer der neuen Arbeiterpartei werden dadurch in manchem Herzen ihr eigenes Bild getrübt und besleckt haben.

Königlich-sächsische Jagenschinderei

Noch eine Berichtigung

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes ersucht der unterzeichnete Verein im Hinblick auf Ihren Artikel unter der Überschrift „Königlich-sächsische Jagenschinderei“ in Nummer 222 vom 23. September 1931 um Aufnahme folgender Richtigstellung:

1. Nicht der vormalige König von Sachsen war der Veranstalter, sondern der Verein sächsischer Jäger und zur Prüfung von Gebrauchshunden e. V. in Breslau hat, um die Verwendungsmöglichkeit der Hunde seiner Mitglieder bei der Jagd festzustellen, ein Gelände gesucht, um die Prüfung wie bisher alljährlich abzuhalten.

2. Genehmigung zur Veranstaltung hat die Forstverwaltung in Dels erteilt. Während der Veranstaltung sind weder der vormalige König von Sachsen noch von ihm geladene Gäste in Sibirienort anwesend gewesen.

3. Eine Sammelstelle, wo Katzen gekauft werden konnten, ist dem unterzeichneten Verein ebensowenig bekannt wie ein Oberförster Lange.

4. Die vom Landrat des Kreises Dels entsandten Landjägerbeamten haben aus persönlicher Anschauung festgestellt, daß von einer Tierquälerei im Sinne des StGB keine Rede sein kann.

Verein sächsischer Jäger
und zur Prüfung von Gebrauchshunden e. V.

Die Stimme des Gegners

... Ein großer Prozentsatz der Mitglieder aber ist durch diesen ewigen Krach angewidert worden. Überall trifft man jetzt Leute, die sich angeekelt völlig von dem politischen Leben zurückziehen wollen.

Diese Leute gilt es für uns zu gewinnen. Das Verbot einer organisierten nationalsozialistischen Massenwerbung, das über Breslau durch den Herrn Widemann verhängt wurde, erfordert eine intensive Kleinarbeit. Die Gelegenheit dazu ist gegeben.

Nat.-Soz. Sch. Stadtmitt.

Ueber Tierquälerei gehen die Ansichten bekanntlich auseinander, und wir geben gerne zu, uns in dieser Hinsicht nicht in Uebereinstimmung mit den nach Sibirienort beorderten Landjägerbeamten zu befinden. Daß Friedrich August Wettin nicht dabei war, ist bereits festgestellt worden. Das ändert aber nichts an der Hergebe des Geländes, mit der doch mindestens sein Einverständnis zu derartigen „Veranstaltungen“ verbunden ist. Wenn der Verein keine Abgabestelle für Katzen eingerichtet hatte, so wäre es ja interessant, zu erfahren, ob und wie die Katzen in den Besitz des Vereins gelangten.

Brodau. Kommunistischen Besuch gab es am Sonnabend in der vom sozialdemokratischen Ortsverein einberufenen öffentlichen Versammlung, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Bohle-Striegau über „Reiseerlebnisse in Sowjet-Rußland“ sprach. Natürlich war das Niveau der Aussprache dementsprechend. Statt sich über das Problem Sowjet-Rußlands auseinander zu setzen, schimpfte man unflätig und vertieg sich zu der freundlichen Prophezeiung, „Bohle solle demnächst aufgehängt werden“. Das war begreiflich, denn Genosse Bohle sprach ja aus eigener Anschauung und zeichnete ein zwar sachliches, aber nicht allzu verlockendes Bild vom Alltagsleben der Arbeiterklasse in Rußland, das bei den nichtkommunistischen Zuhörern lebhaftes Interesse fand.

Oltschin. Eine Kauferei nötigte in der Nacht zu Montag den hiesigen Oberlandjäger zum Eingreifen. Er wurde dann aber von den Beteiligten lässig angegriffen und kam in eine bedrängte Lage, so daß er sich genötigt sah, einige Schüsse abzugeben. Naturgemäß hatte der Vorfall eine große Ansammlung von Menschen verursacht. Das aus Breslau alarmierte Ueberfallkommando brauchte jedoch bei seinem Eintreffen nicht mehr eingreifen, da sich die Ansammlung bereits zerstreut hatte.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 17-18
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Erweiterter Parteivorstand

Der erweiterte Parteivorstand des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch wird hiermit für Sonnabend, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, nach dem Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses in Breslau einberufen. Die Spalter versuchen, ihre überflüssige Bewegung auch aufs flache Land vorzutragen. Wir werden deshalb in dieser Sitzung zu den Vorgängen innerhalb der SPD Stellung nehmen. Aus diesem Grunde bitten wir um vollständiges und pünktliches Erscheinen.

Alle Genossinnen und Genossen,

welche sich kommunalpolitisch betätigen, bitten wir dringend, am Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9,30 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau an der sehr wichtigen Kommunal-Konferenz teilzunehmen.

Die Auswirkungen der Notverordnung machen eine intensive Aussprache erforderlich und erwarten wir vollständiges Erscheinen aller kommunalpolitisch tätigen Funktionäre.

Waisch-Komolwitz, Mittwoch, den 7. Oktober, 20 Uhr, bei Knoblich, öffentliche Versammlung. Redner Genosse Schiffer.

Groß-Rothberg, Mittwoch, den 7. Oktober, 20 Uhr, bei Gahl, Mitgliederversammlung. Redner wird noch bekannt gegeben.

Kleinsdorf, Mittwoch, den 7. Oktober, 20 Uhr, bei Ehrenberg, Mitgliederversammlung. Redner Gen. Kleinert.

Gemeindewahlen in Tschechisch-Schlesien

Erfolge der Sozialdemokratie beider Nationen

Am vergangenen Sonntag fanden in der benachbarten tschechoslowakischen Republik für einen großen Teil der Gemeindevertretungen Neuwahlen statt, die allgemein, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und tatsächlichen Lage beider sozialdemokratischer Parteien als Partner einer vorwiegend bürgerlichen Regierung (die bekanntlich den internationalen Bürgerblock ablöste), einen nicht unbeträchtlichen Gewinn für die sozialdemokratischen Listen erbrachte. Im allgemeinen waren die Listen der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten verbunden; nur in einigen Gemeinden waren nationale Einheitslisten aufgestellt worden. Im Lande Mähren-Schlesien waren die Wahlen in 2443 Gemeinden ausgeschrieben. In 732 Gemeinden fielen die Wahlen aus, da man sich, es handelt sich um Zwerggemeinden, am Orte auf eine Einheitsliste geeinigt hatte und ein Wahlakt, ähnlich wie bei den reichsdeutschen Betriebsratswahlen überflüssig wurde.

In dem Gebiet des ehemaligen tschechoslowakischen Schlesiens, das die Bezirke Wigstadt, Troppau, Mährisch-Osttau, Neu-Tischheim und Jägerndorf umfaßt, wählte man in 68 Gemeinden, wobei die deutsche Sozialdemokratie gegenüber 1927 einen Stimmengewinn von rund 1535 Stimmen und einen Mandatsgewinn von 63 Sitzen in den Gemeindeparlamenten buchten konnte. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie stellte in 213 Gemeinden eigene Listen auf und konnte ebenfalls einen erfreulichen Zuwachs von 7483 Stimmen buchen.

Gelöbnis der Treue in den Unterbezirken der SPD.

Schon vor der Bezirkskonferenz hatten verschiedene Unterbezirke der sozialdemokratischen Partei Stellung gegen die Spaltung genommen. Der industrielle Unterbezirk Waldenburg gab in einer Kundgebung die Parole „Die Geschlossenheit der Partei über alles“ heraus, damit die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Reaktion mit Erfolg führen könne.

Der Vorstand des Unterbezirks Schweidnitz-Striegau-Reichenbach hat das Treiben der Serdewitz-Ziegler-Eisstein-Gruppe sowie die aus ihr entstehende Schwächung der Einheit durch diese Zersplitterung verurteilt und alle Parteigenossen der Kreise Schweidnitz, Reichenbach und Striegau aufgefordert, eventuellen Bestrebungen der Parteipalster im Unterbezirk energig entgegenzutreten und in höchster Kampfbereitschaft treu zur Partei zu stehen.

Tod unter Tage

In der zwölften Abteilung der Fuchgrube im Waldenburger Revier verunglückte in der Mittagschicht der Hilfsaufseher Urbanczyk aus Weißstein. Er wurde durch hereinbrechendes Gestein — das typische Bergungsglück des bergigen Waldenburger Reviers — verschüttet und konnte erst nach dreiviertelstündiger Arbeit als Leiche geborgen werden.

Hochwasser im Bartschgebiet

Das Hochwasser der Oder hat in Folge Rückstau das Gelände der unteren Bartsch-Niederung bis Zeppern, Hodenau, Nechlau und Schabenu unter Wasser gesetzt. Die Verkehrsstraßen dieser Ortschaften sind vollständig überflutet. Der Landwirtschaft erwächst dadurch großer Schaden, da die Herbstbestellung auf längere Zeit unmöglich ist und man mit der Aussaat von Wintergetreide auf längere Zeit nicht rechnen kann.

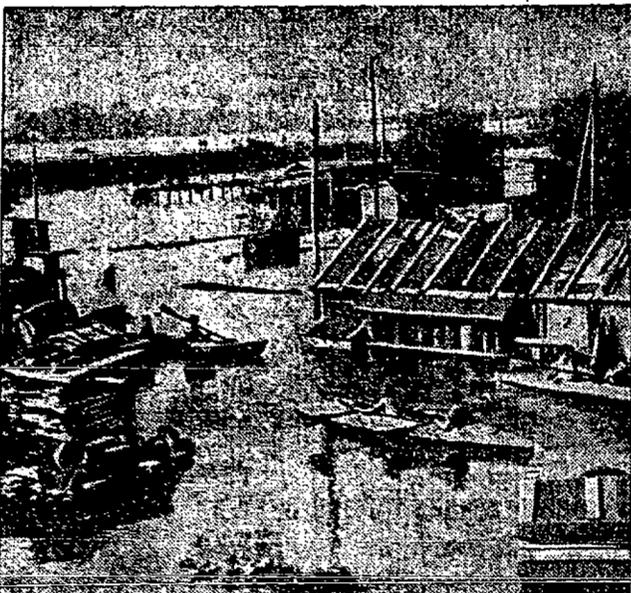
Leurer Spaß für Giesche

Zinshütten müssen Flurschaden ersehen

Die Zivilkammer des Rattowitzer Berggerichtes hat dieser Tage eine bedeutende Entscheidung gegen die polnische Giesche-Aktiengesellschaft gefällt. 45 Landwirte, deren Feldfrüchte alljährlich durch die Gase und Schwaden der Gieschischen Zinshütten in Mitleidenschaft gezogen oder ganz vernichtet wurden, hatten Schadenersatz geltend gemacht. Die Sachverständigen befanden, daß Gas und Rauch der Zinshütten auf alle Feldpflanzen, Gemüse, Vieh usw. einen sehr schädlichen Einfluß ausüben. Feldfrüchte von den betreffenden Feldern seien für die Ernährung völlig unbrauchbar.

Das Gericht verurteilte die Gesellschaft daraufhin, an einen der Kläger, dessen Getreibeente fast ganz durch die Giftgase vernichtet wurde, 10 000 Zloty Entschädigung zu zahlen. Derselbe Prozeß werden nun Hunderte oder Tausende Schadensersatzprozesse gegen andere ober-schlesische Zinshütten folgen. Den Werken dürfte daher nichts anderes übrig bleiben, als alle Felder, die Schadensersatzansprüche veranlassen können, aufzulassen.

Das Hochwasser in Schlesien



dauert unvermindert an. Immer noch stehen weite Gebiete tief unter Wasser, so in Neuland an der Oder, wo im überschwemmten Stadtgebiet der Verkehr mit Paddelbooten bewerkstelligt wird.

Die Wojewodschaft

soll vergrößert werden?

Wie der Ost-Express mitteilt, hat die Sejmkommission, die sich mit dem Umbau der polnischen Staatsverwaltung beschäftigt, Pläne für die Veränderung der Wojewodschaftsgrenzen ausgearbeitet. Nach diesen Plänen, deren Durchführung einen

Bezirks-Konferenz

der sozialdemokratischen Kommunalvertreter
Bezirk Mittelschlesien

Die Notverordnungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit in den Kommunen machen eine Herbsttagung der sozialdemokratischen Kommunalvertreter Mittelschlesiens erforderlich. Wir berufen daher für

Sonntag, den 11. Oktober 1931,

namittags 9½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau eine Bezirks-Konferenz aller sozialdemokratischen Kommunalvertreter des Bezirks Mittelschlesiens ein.

Die Tagesordnung lautet: 1. Die Notverordnungen und ihre Auswirkung auf die kommunale Selbstverwaltung. (Referent Genosse Hermann Kraus-Sprottau.) 2. Unsere Winterarbeit. (Referent Genosse Hoffmann-Weißerwitz.) 3. Freie Aussprache.

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der Kreisarbeitsgemeinschaften, die sozialdemokratischen Vertreter in Stadt, Kreis und Gemeinde. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.

Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Kommunalvertreter im Bezirk Mittelschlesien.

J. A. Freihorst.

Beschluß des Sejms voraussetzen, würde die Wojewodschaften nicht unerheblich vergrößert werden, da ihr Teile der bisherigen Wojewodschaften Kiewce und Krakau zugeordnet.

Angeblich soll dies der Zusammenfassung der Kohlengebieten, tatsächlich dürfte jedoch die nationalpolitische Frage Vordergrund der Erwägungen stehen, da damit die deutsche Minderheit im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer herabgedrückt wird. Ob jedoch diese Reform durchführbar ist, so lange Kiewce das russische, in Krakau das österreichische und in Polen Schlesien das deutsche Recht fortbesteht, ist wohl ziemlich zweifelhaft.

Görlitz. Keine Wiederaufnahme des Pomitz-Prozesses. Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens seitens des wegen Mordes an der Witwe Raschfeld-Lode verurteilten Arbeiters Pommitz wurde verworfen. Ueber sein Gnadengebet ist noch nicht entschieden, doch ist wohl anzunehmen, daß es entsprechend der Praxis des preussischen Staatsministeriums genehmigt wird.

Goldberg. Furcht vor einer Mandeloperation hat in Taschendorf, Kreis Goldberg, ein Todesopfer gefordert. Die siebzehnjährige Tochter des Rutzigers Kohl hat hier willig den Tod gesucht und gefunden, weil sie Angst vor einer Mandeloperation hatte. Dieser Tage fand man ihre Leiche im Ragnbachweh, oberhalb der Pappfabrik Neuland bei Goldberg auf.

Regnitz. Undurchsichtige Bilanz. In der Generalversammlung des Gemeinnützigen Wohnbauvereins wurde heftige Kritik an der Bilanz geübt, die gänzlich undurchsichtig und das Eigenkapital der Mieter gefährdete. Eine Reihe Vorstandsmitglieder legten daraufhin ihre Ämter nieder.

Oppeln. Glimpflich abgelaufen. Bei dem Unfall des Auto des Obstgroßhändlers Kunze aus Beuthen OS. löste auf freier Straße eine Schraube der Steuerung. Der Fahrer verlor die Gewalt über das Auto, so daß dieses in den Straßengraben stürzte und ihn, seinen Sohn und seine Tochter unter begrub. Obwohl die Karosserie des Autos infolge Anschlag an einen Baum abgerissen wurde, blieben alle drei unverletzt.

Sarnau. Hochzeit mit Politik. Bei einer Hochzeit feierte hier ein politischer Heiden. Der Schmied T. Biskin hat sich als Hochzeitsgast das Singen politischer Lieder verboten. Die Arbeitslosen M. und W. griffen des Nachts T. der sich mit einem Schlagring verteidigte. Nach Einschreiten der Polizei konnte die Ruhe mit Hilfe des Polizeiknüppels wieder hergestellt werden.

Myslowitz. Falschmünzer auf dem Markt. Dem Wochenmarkt wurden von der Polizei zwei junge Mädchen bei der Verbreitung von falschen 1-Zloty-Stücken gefasst, flüchteten und verjagten größere Mengen Falschgeldes in Schwarzen Arzema. Schließlich konnten sie eingeholt und fest gemacht werden. Sie gehören einer galizischen Falschmünzbande an.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Breslauer Volksbühne. In der zweiten Matinee des „Film-Studios“ Kollsbühne am Sonntag, den 11. Oktober, 11 Uhr, im Gloria-Palast, gequert der Montagefilm von A. R. Blum: „Wasser und Wogen“ Aufführung und dann der russische Film „Zar und Dichter“ von M. Garbin, der Kampf und Leben des Dichters Puschkin behandelt. Der Eintrittspreis beträgt für Mitglieder des „Film-Studios“ 75 Pf., Mitglieder, die „Film-Studio“ nicht angehören, steht eine geringe Zahl von Gastkarten Preise von 1,25 Mark zur Verfügung. Für Nichtmitglieder der Volksbühne einzelne Plätze zum Preise von 1,75 Mark vorgelegt.

Stadtheater. Heute Dienstag 20 Uhr, Abonnementsvorstellung E 3: „Giocanna“ und „Der Salsador“. Donnerstag 20 Uhr, Abonnementsvorstellung D 3: „Della“.

Roberttheater. Täglich 20,15 Uhr der große Schauspielerspiel „Eliab von England“ von Ferdinand Brudner. Inszenierung Friedrich Neubalschtheater. Die mit jüdischen Beifallstungebungen aufgenommen Komödie „Nina“ von Bruno Frank gelangt in der Inszenierung von W. Wagner mit den Damen Ballast, Dietrich, Eger und den Herren Jäger, Scherzer täglich 20,15 Uhr zur Wiederholung.

„Das weiße Röhl“ im Schauspielhaus. Die bisherigen Wiederholungen des Stückes des Deutschen Theaters in München mit dem Weltberühmten weißen Röhl fanden vor vollbesetztem Hause den besten jüdischen Erfolg wie bei der ersten Aufführung. Die Aufführungen des „Weißen Röhl“ sind täglich 20,15 Uhr statt. Vorverkauf ununterbrochen.

Wasserstand

	5. 10.	6. 10.		5. 10.
Ratibor	2.89	2.64	Kantern (Unter-Wege)...	4.88
Neisse (Stadt)	+0.16	+0.15	Doberschütz	3.99
Neisse (Unt.-Wege) 3.12	2.90		Abflussmenge (tunlich)...	454
Neisse (Warten)	3.98	3.89	Fürstenberg vom 5. 10. ...	3.31
Treiden	2.42	2.30	Wasserwärme + 10.5°	

Wir empfehlen uns bestens

Die Kreis-Spar- u. Girokasse des Landkreises Breslau
Weidenstraße 15

nimmt

Spareinlagen

in jeder Höhe zu

günstigen Bedingungen

entgegen

FERNRUUF: 59870
Klischees
BRESLAU
Carl Geike & Co.

Bilder **Einrahmungen** Spiegel

Billigste Preisstellung bei
Paul Labestin, Breslau, Bahnhofstr. 13

Berücksichtigt unsere Inserenten

Druckerei »Volkswacht«
fertig
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flursstraße 4/6

Für Drucksachen u. Inserate
Schönhals Klischees
Breslau 1, Reuschestr. 51

Wer **weiß** ist billig!

Wer deutschen Wein trinkt,
hilft den notleidenden deutschen Weinbauern

Bevorzugen Sie

Raiffeisen-Weine!

Zu haben zu Originalpreisen in vielen Kolonialwaren- und Delikatessgeschäften, auch in der Provinz, sowie im Hauptbüro der Raiffeisen-Weinkellerei, Breslau, Junkerstraße 41/43

Schlesische Mühlenwerke

Aktiengesellschaft Breslau

Hervorragend gute
Weizen- und Roggenmehle

Spezialität:
Auszugmehl „Schneeflocke“

erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts“

Reinhard Bischoff

Herdainstraße 69 und
Augustastr. 9
Tel. 391 72 u. 504 26

Kraftwagen-
Reparatur-
Werkstätten

Gaskoks

der gute Brennstoff
für Zentralheizungen
und Füllöfen.

Zu beziehen durch die
Städt. Gaswerke

Telefon 384 61
oder durch die Kohlenhändler.

BLUMENSCHULZ
Tel. 2946 • Robert Schulz, Breslau 2 • Tel. 2946
Atelier für moderne Blumenbinderei

Gartenstraße 98 gegenüber Hauptbahnhof, im Hotel
Kronprinz u. Zweiggeschäft Neue Taschenstraße 20.

Fritz Heinzelmann, Breslau 23
Steinstraße 155 (Ende Habenstr.) • Tel. 369 95

Werkstätten
Auto-Reparatur • Auto-Licht • Ladestation

Rob. Füllborn Nachf.
Breslau 1 • Altbüßerstr. 12 • Tel. 547 19

Fachgeschäft für Fenster- u. Türbeschläge in modernst. Art
Dreh- u. Schließbeschläge • Oberlichtverschlüsse • Türschließer

Paul Handke Maurer Hoch- und Tiefbau
Inhaber: Oppelt & Markuske

Gegr. 1887 Breslau 1, Vorwerkstr. 44 Tel. 570 98
Maurer- und Zimmerbetrieb, Wohnungsbau
Gutachten, Entwurfsbearbeitungen, Bauberatung

Der Brand Chicagos

60jähriges „Jubiläum“ der größten Brandkatastrophe der Welt am 8. Oktober 1871 Der Untergang einer hölzernen Großstadt

Eine der größten Katastrophen, die im vergangenen Jahrhundert die Menschheit heimlichte, ist der Riesenbrand von Chicago, jene jetzt genau 60 Jahre zurückliegende Feuersbrunst, in knapp 48 Stunden eine empormachende junge Großstadt in Asche und Asche legte und 500 Menschenleben ein Opfer werden ließ. Aber wenn auch bei allen großen Katastrophen, die die Geschichte der Menschheit aufzeichnete, oft ein und derselbe Faktor eine Rolle spielt, so wirkt es doch erschütternd, wenn man bedenkt, daß hier Unachtsamkeit und Gedankenlosigkeit eines Kindes die Ursache dieses entsetzlichen Unheils wurden. Freilich, und bei welcher Katastrophe wäre dies nicht geschehen, mußten sich noch eine Menge anderer Zufälle und Umstände miteinander verknüpfen, ehe die entsetzliche Gewalt des Feuers eine große Stadt dem Erdboden gleich machen konnte.

Man schrieb den 8. Oktober des ereignisreichen Jahres 1871. Eine große, schreckliche Dürre lag seit Wochen über Chicago. Die heutige Millionenstadt war schon damals eine Stadt mit über 300 000 Einwohnern. Mit ihren vielen Fabriken, Geschäften und Speichern bildete sie den Mittelpunkt des Getreidehandels der nördlichen Staaten, außerdem das Zentrum der amerikanischen Konservenindustrie. Kurz, es war eine Großstadt, aber nicht aus Beton und Stahl, es war eine Großstadt aus Holz. Nicht nur die meisten Häuser, sogar die Straßen bestanden aus Holz. Aus Holz, das die Straße förmlich ausdörte.

Der 8. Oktober war ein Sonntag. Abends ging ein Mann in einem Hause der Taylorstraße im Südwesten der Stadt in den Stall, um, wie alle anderen Abende, Röhre zu melken. Er dachte an die Gefahr zu denken, hatte er die Petroleumlampe auf dem Tisch abgestellt. Während des Melkens aber warf er die Lampe um. Ein einziger Augenblick — und das ganze Haus stand in Flammen. Eine mächtige Flamme durchschlug das Dach und erreichte auch schon das Nachbarhaus. Wäre jetzt eine einzige Feuerspritze zur Hilfe gekommen oder hätten auch nur ein paar beherzte Männer in der Nähe gewillt — man würde einige Häuser gerettet haben, und die Stadt wäre vom Unglück verschont geblieben. Aber unglücklicherweise fehlten solche entschlossenen Männer, und die Feuerwehren der Stadt, die erst am Vortage mobilisiert worden waren und die ganze Nacht hindurch ein großes Feuer in der Jacksonstraße bekämpft hatten, erschienen erst in ihren Spritzen in dem Augenblick, als das Feuer schon mit überhandnehmender Gewalt auf die Nachbarhäuser übergesprungen war. Ein starker Nordostwind schürte die Flammen, die dürren Holzstämme begannen sich förmlich von selber zu entzünden. Eine Viertelstunde später loderte schon der ganze Strahlenzug in hellen Flammen. Die Feuerwehre schien machtlos. Aber noch ahnte kein Mensch in Chicago die Größe der kommenden Katastrophe.

In der neunten Stunde war das Feuer ausgebrochen. Der Brand nahm an Stärke zu. Gegen 11 Uhr brannten schon sechs Häuserblöcke, darunter Lagerhäuser mit Korn und Fabrikanlagen. Die riesigen Flammenmeer, aus dem die Todesstöße der erschrockenen Menschen ertönten, beleuchtete gespenstisch den dunklen Nachthimmel. Um Mitternacht war die Höhe schon fast herabgekommen, eine riesige Rauchwolke schob sie sich her. Man hatte gehofft, daß der Fluß den Brand auf-

halten würde. Vergeblich! Mit Windeseile stürzte sich das Feuer auf eine hölzerne Brücke, sprang auf die Schiffe über, erreichte in wenigen Minuten die großen Speicheranlagen am anderen Ufer und setzte das ganze Geschäftsquartier in Flammen.

Bisher hatte man mit dem Aufgebot aller Kräfte den Kampf mit dem wütenden Element aufgenommen, aber als Mitternacht vorbei war, mußten 10 000 Menschen, die verzweifelt mit Feuerlöschern und Eimern arbeiteten, einsehen, daß ein Löscherfolg aussichtslos war. Immer tiefer trug der Nordwind das knisternde und knatternde glühende Meer in das Innere der Stadt. Um 3 Uhr morgens war das Zentrum erreicht: alle Hotels, die großen Zeitungspaläste, die Oper, das Rathaus, an die hundert Häuserblöcke standen in Flammen. In den Bibliotheken und Museen gingen unermeßliche Werte verloren. Taghell glänzte der Himmel.

Als in den frühen Morgenstunden der Wind in Sturm überging, erkannten die Hunderttausende, die das Feuer aus der Stadt herausgetrieben hatte, daß Chicago dem Untergang geweiht war. Eine ungeheure Panik setzte ein. Zehntausende zogen in endlosen Scharen aus den brennenden Stadtvierteln, auf Wagen und Karren ihre gerettete Habe mit sich führend. Unglaubliche Szenen ereigneten sich. Jeder wollte retten, was es noch in der Eile zu retten gab. Die Menschen schlugen sich um Pferd und Wagen. Frauen und Kinder wurden niedergedrückt. Plündernde Horden durchzogen raubend die Straßen.

Erst am zweiten Tage ließ die Gewalt des Feuers nach, am Rande der Stadt erloschen endlich die Flammen. Man konnte nun erst die furchtbare Größe des Unglücks erkennen. Von Chicago war eine rauchende, schwelende Ruine übrig geblieben: 40 000 Häuser, alle Bahnhöfe, alle Kirchen, die Banken und Nemter, die Theater, Fabriken und Speicher existierten nicht mehr. Stierische Flammen hatten das Glück und den Wohlstand einer ganzen Stadt zerstört. Auf einer Fläche von 20 000 Morgen lagerte eine schwarze Rauchwolke, 500 Menschen waren in den brennenden Häusern oder auf der Flucht eines furchtbaren Todes gestorben. Hunderttausende lagerten obdachlos im Freien, gepeiniget von Hunger und Durst. Tage vergingen, ehe man aus den Städten der Umgebung die notwendigen Mittel zu ihrer Versorgung herbeischaffen konnte.

Aber mit Energie und Zähigkeit setzten doch bald die Rettungsarbeiten ein, und in kaum vierzehn Tagen konnte die Stadt wieder ihre Bewohner aufnehmen. An Stelle der Straßenzüge standen bald Baracken, vielfach notdürftig aus den Überresten der verbrannten Häuser zusammengebaut. Die Bahnhöfe wurden provisorisch wieder in Betrieb genommen, die Post richtete sich in einer Holzhütte ein, Handel und Verkehr kamen langsam wieder in Gang. Als einige Wochen später die erste Schule wieder eröffnet werden konnte, schrieb die „Chicago Tribune“: „Unsere Stadt wird wieder erstehen, größer und schöner, als sie bisher gewesen und so, daß sie von keinem Feuer mehr vernichtet werden kann.“ Und die Zukunft gab dieser Prophezeiung recht, denn an Stelle der alten Großstadt aus Holz, die eine umgestürzte Petroleumlampe zerstören konnte, erhebt sich heute die moderne Riesenstadt, deren Stahlhäuser der Macht des Feuers spotten.

Der Dichter von „Jettchen Gebert“



„Henriette Jacoby“ und „Rubin“, Georg Hermann — mit seinem bürgerlichen Namen Georg Borchardt — begeht am 7. Oktober seinen 60. Geburtstag. Er ist auch als Verfasser verschiedener Novellen und kunstwissenschaftlicher Schriften weit über seine Heimat hinaus bekannt geworden.

Die Landung von Bangborn und Herndon

Die beiden Lotosielflieger Bangborn und Herndon sind gestern in Wenatchee im Staate Washington gelandet. Sie haben den ersten Nonstopflug über den pazifischen Ozean in 41 Stunden durchgeführt. Die Flugstrecke beträgt rund 8400 Kilometer. Kurz nach dem Aufstieg in Samushiro in Japan hatten die Flieger die Landungsvorrichtung des Flugzeuges abgeworfen, um das Gewicht zu vermindern. Sie mußten daher heute die Landung ohne Räder vornehmen. Um eine Explosion zu vermeiden, hatten sie zuvor den Rest ihres Galliums abgeworfen. Das Flugzeug überflieg sich beinahe beim Aussetzen auf dem Boden, drehte sich dann nach links über und kam schließlich in einer riesigen Staubwolke zum Stehen. Die Flieger blieben dabei unverletzt.

Schicksal des Namenlosen

Ein in der Nähe von Montpellier (Südfrankreich) wegen Landstreicherei verhafteter Deutscher namens Koch hat am Montag im Gefängnis von Montpellier einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich mit einem Eisenstück bei der Fußsäberrn aufschnitt. Koch wurde in erstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Flugzeuge auf Eis

Im kommenden Winter wird von der amerikanischen Marine zum erstenmal das Aufsteigen und Landen von Flugzeugen auf Eisflächen systematisch geübt werden. Zu diesem Zweck hat sich ein Flugzeuggeschwader auf die Höhe der Küste von New-Zundland begeben.

Holz von Eisenhärte

Der englische Erfinder Humphries konstruierte eine Stampf- und Pressmaschine, die pulverisiertes Holz in einen Hartegrad überführt, der aus diesem Holz die Herstellung von Werkzeugen und Nägeln ermöglicht. Englische Industrielle sollen der Erfindung große Bedeutung beimessen; eine Million Mark sind bereits für Auslandspatente aufgewandt worden. Humphries arbeitete sieben Jahre an seiner Erfindung.

Zodesstrafe für einen Eisenbahnräuber

Das erste Urteil eines Standgerichtes in Polen wurde am vorigen Freitag in Lemberg gefällt. Wegen Beteiligung am Raubüberfall auf einen Güterzug wurde der Chauffeur Karl Kwit nach mehrstündiger Verhandlung zum Tode durch Erhängen verurteilt. Die Todesstrafe wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Erdbeben in der Südsee

Im Observatorium von Sidney wurde ein langanhaltendes Erdbeben verzeichnet, das am Sonntag von 5,18 bis 11,30 Uhr örtlicher Zeit dauerte. Der Herd dürfte sich in der Gegend der Salomon-Inseln befinden.

Antiken-Versteigerung

Die griechische Regierung hat die Absicht, die im Besitz der griechischen Museen befindlichen antiken Duplikate versteigern zu lassen. Es sollen alle ausländischen Interessenten eingeladen werden.

Acht Tote bei einem Hauseinsturz in Tunis

In der Gegend von Kairuan stürzte infolge starker Regengüsse ein Haus ein, wobei acht Personen getötet wurden.

Zwei Arbeitslose ertrunken

In Wolgast fuhren vier Arbeitslose mit zwei Booten Peene hinaus, um auf den abgeernteten Feldern Kartoffeln sammeln. Als die vier Männer von Freitag bis Sonntag wieder nach Hause gekommen waren und auf der Peene kieloben treibendes Boot gefunden wurde, wurden sofort Nachforschungen nach den Vermissten angestellt. Die Leiche eines Bootes wurde wohlbehalten in Tiefe angetroffen. Sie hatte sich glücklich an Land retten können. Ueber das Schicksal des zweiten Bootes konnten sie näheres nicht ausfinden. Wie festgestellt wurde, gehört das aufgefunden Boot den beiden Verschollenen. Fischer hatten an diesem Abend auch die Leiche gehört. Die Ertrunkenen sind der 60 Jahre alte Arbeiter Lerch und der 35 Jahre alte Arbeiter Jäger.

Selbstbeziehung in der Mordfache Mofor

In Augsburg hat sich am Freitagabend ein Dortmunder Polizei gestellt und sich bezeugt, den dreifachen Mord der Familie Mofor in Dortmund begangen zu haben. Am 22. September in ihrer Wohnung, schrecklich verblutet, gefunden worden waren. Er führte Papiere bei sich, auf den Namen Hortmann aus Eupen lauteten. Die Dortmunder Polizei wurde sofort verständigt. Bei seiner Vernehmung am Sonnabend widerrief jedoch der Angeklagte seine Bezeugung. Er gab an, sich nach einem Familienstreich am 23. September aus Dortmund entfernt zu haben. Der Grund scheint jedoch zu sein, daß er eine kleine Freiheitsstrafe, zu der er verurteilt worden war, nicht hat zahlen wollen. Die Vernehmung dauert an.

Familientragödie

In einem Anfall geistiger Unmachtung erwürgte die seit Jahren nerneneidende 46jährige Ehefrau des Landwirts Gebert Kuerbach bei Würzburg ihre beiden jüngsten Kinder im Alter von ein und vier Jahren und warf sie in einen Waschkübel. Sie stürzte sich dann in die Tauchengrube. Die Leiche hinterläßt den Ehemann mit drei älteren Kindern.

Tödlicher Anfall eines Sonntagsjägers

Auf seiner Jagd in Unterfranken kam am Sonntag der 47jährige Rechtsanwalt und Notar Dr. Dochnahl durch einen Unglücksfall ums Leben. Die mit Schrot geladene Waffe des Jagdaufsehers entlud sich. Die Ladung drang dem Jäger in die Bauchgegend. Dr. Dochnahl erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Zwei Kinder tödlich verunglückt

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Montag in dem Ort Meddenburg bei Wismar. Der Sohn eines Hofbesizers fiel auf ein Feld und nahm zwei Landarbeiterkinder auf seinem Rücken mit. Unterwegs löste sich plötzlich vorn am Wagen ein Rad. Die beiden Kinder stürzten zwischen die Pferde und gerieten unter den Wagen. Beide Kinder gingen den Unglücken über den Leib. Sie wurden auf der Stelle getötet.

Spionage?

Unter dem Verdacht der Spionage wurde der kaufmännische Angestellte Kach aus Mainz verhaftet. Kach soll bei dem Versuch, eine Chiffriermaschine der Reichswehr an den französischen Spionagedienst in Straburg zu verkaufen, eine Mittlerrolle gespielt haben.

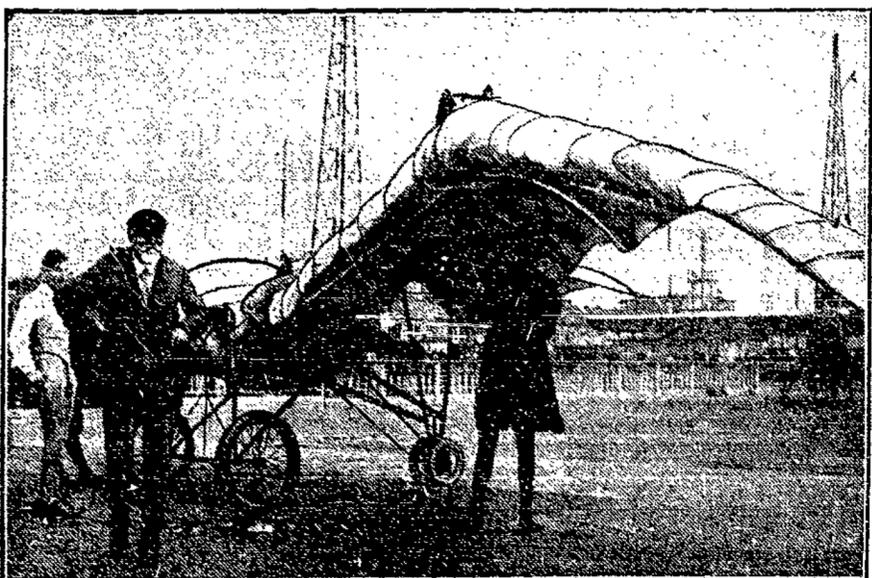
Die endlose Reihe

Nach einer Mitteilung der Kriegsgräberverwaltung von Arras wurden im September auf den Schlachtfeldern in der Gegend von Arras 191 Leichname gefallener Soldaten gefunden. 50 von ihnen waren Deutsche; von denen aber erst sechs identifiziert sind.

Dreifache Kindermörder

In Böhlingen (Württemberg) wurden ein Landwirt und seine 23jährige Stieftochter unter der Beschuldigung verhaftet, ein Kind, dem das Mädchen vor drei Jahren das Leben schenkte, ermordet und in einem Kartoffelsack begraben zu haben. Ein anderes Kind soll die Mutter beim Kartoffelstampfen verbrannt, ein drittes im Jahre 1930 auf noch unauferklärte Weise ums Leben gebracht haben.

Lilienthal führt sein Schwingenflugzeug vor



Gustav Lilienthal, der ebenso wie sein tödlich verunglückter Bruder Otto ein Pionier des Fluges ist, mit dem von ihm konstruierten und erbauten Schwingenflugzeug, mit dem er noch heute — als über Achtzigjähriger — an der Vervollständigung des Segelfluges arbeitet.

konstruierten und erbauten Schwingenflugzeug, mit dem er noch heute — als über Achtzigjähriger — an der Vervollständigung des Segelfluges arbeitet.

Afa-Kongress Die Eröffnungssitzung — Der Geschäftsbericht

Leipzig, 5. Oktober. (Eigener Bericht.)

Am Montag wurde in Leipzig der 4. Afa-Kongress durch den Vorsitzenden des Bundes Aufhäuser eröffnet. Nach einem Gruß an die Gäste und die Delegierten erklärte Aufhäuser, daß die Zeit des Kongresses kurz bemessen ist und sie nicht den Delegierten, sondern den Massen draußen gehöre, die unerschuldet arbeitslos vor den Türen der Betriebe stehen.

Der Afa-Kongress — so fuhr Aufhäuser fort — fällt in eine ungewöhnlich bewegte Zeit. Ein ganzes Wirtschaftssystem ist in seinen allgemeinen Grundfesten erschüttert. Die Not der Zeit zwingt zur planmäßigen Wirtschaft, das Ringen geht darum, ob der Staat die Wirtschaft oder ob die Privatwirtschaft den Staat beherrschen soll. Der Kapitalismus ist gewiß nicht tot, aber ein gewisser Höhepunkt ist überschritten. Das Privatkapital macht jetzt die größten Anstrengungen, um seine unbeschränkte Herrschaft zu behaupten. Wenn leider bisher die Arbeiterklasse ihre Kräfte nicht in dem Maße entfalten konnte, wie es ihrer Macht entspricht, so lag das daran, daß politische Spaltungen sie immer wieder daran gehindert haben. Erst am Sonntag wieder ist die Arbeiterklasse durch eine neue politische Partei reicher und um die entsprechende Geschlossenheit ärmer geworden. Wir freien Gewerkschaften sind leider immer wieder das Opfer dieser Spaltungen. Deshalb sind wir berechtigt, hier zu erklären:

Wir sind nicht gewillt, unsere Errungenschaften, die wir mühsam erkämpft haben und jetzt ebenso mühsam wieder verteidigen müssen, preiszugeben, weil gewisse Leute die Bedeutung dieser Errungenschaften noch nicht verstanden haben. Ueber den neuesten politischen Laden haben wir hier nicht zu entscheiden, aber aussprechen müssen wir es doch, daß mit diesen dauernden politischen Zerlegungen der Geist zerstört wird, den wir brauchen.

Unter dem Aushängeschild der Meinungsfreiheit wird jetzt wieder die Geschlossenheit der Arbeiterklasse zersplittert. Die Frage ist, ob die persönliche Freiheit über den Organisationsstand steht. Hier auf diesem Kongress sind Persönlichkeiten vertreten mit großer Verantwortung, leitende Angestellte, Ingenieure, Werkmeister in gehobener Stellung, die stets darauf zu halten haben, ihre Persönlichkeit zu verteidigen. Aber sie sind sich bewußt geworden, daß ihre Persönlichkeit nur auf dem Wege des kollektiven Handelns verteidigt werden kann. Die persönliche Freiheit darf nicht über die Disziplin gestellt werden. Es ist eine überholte liberale Auffassung, die Persönlichkeit vor die Gesamtheit zu stellen. Entweder wir lassen alles über uns ergehen oder wir entschließen uns zum kollektiven Wollen.

Wer noch nicht gelernt hat, in Reich und Glied zu marschieren, der wird auch nicht fähig sein, im entscheidenden Augenblick zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Wir tagen in einer Zeit schwerster sozialer Not und sozialer Reaktion. Was aber kommen, was will, wir beraten, wir arbeiten und wir kämpfen weiter. (Stürmischer Beifall.)

Im Namen der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Dr. Sialer folgende Erklärung ab: Zwei Erkenntnisse möchte ich unterstreichen, die sich für jeden Sehenden mit absoluter Gewißheit ergeben. Das eine ist die kollektive Grundlage des Arbeitsrechts, wie sie die Reichsverfassung vorsieht. Ihre kollektiven Vereinbarungen mit den Arbeitgeberverbänden, die Tarifverträge, sind die wichtigsten Rechtsquellen und die allgemeine Grundlage für die Regelung der Arbeitsbedingungen geworden. Diese Tatsache kann nicht wieder aus der Welt geschafft werden, ohne daß unsere sozialen Verhältnisse aufs tiefste erschüttert werden. An dem Grundgedanken der kollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen, der Einführung auch von Notmaßnahmen unter Mitwirkung der Gewerkschaften und der staatlichen Hilfe beim Abschluß von Gesamtvereinbarungen also an dem Grundgedanken des Tarifrechts und auch der Schlichtung will der Herr Reichsarbeitsminister unbedingt festhalten. Gilt es hier eine Errungenschaft, Neues über die erste schwere Belastungsprobe hinwegzureiten, so drängt sich auf allgemeinem Wirtschaftsgebiete die Überzeugung auf, daß etwas Neues im Werden ist. Wie unsere Wirtschaftsordnung sich unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise endgültig gestalten wird, ist noch nicht abzusehen, aber eine Rückkehr zu den früheren Zuständen muß als ausgeschlossen erscheinen.

Otto Wels, mit demonstrativem Beifall empfangen, führte aus: Die Sozialdemokratische Partei hat mit vollem Bewußtsein sich ihren Namen gegeben. Ihr Programm und ihre Anhänger sind untrennbar verbunden mit der Demokratie und dem Sozialismus. Heute wird so gern über das Wort von der „revolutionären“ Sozialdemokratie gepöbeln. Revolutionär? Das sind auch wir. Ein Narr, der es nicht ist oder sich heute vor der Revolution fürchtet. Hauen, Stechen und Schießen, das ist freilich keine Revolution. Die Nationalisierung, der Weltkrieg und seine Folgen in der gesamten Welt, das ist eine neue Revolution. Der Kapitalismus als System geht seinem Ende entgegen. Aus seinem Schoß steigt ein Erbe hervor, der auch sein Grabengräber ist, das Proletariat. Unsere höhere Aufgabe ist es, Lotengräber, aber auch Erbe zu sein. Deswegen müssen wir die Wirtschaft erhalten und fördern. Das wird freilich nicht von allen in einer Zeit begriffen, in der die Erziehung zum Wanderglauben und in der das System des politischen Mordbrenns wieder aufsteht. Ich wünsche von der Arbeit des Kongresses, daß er gleich einer Feuerhülle in der Obde der Lebensnot unserer Tage den Schöpfungsbau einer freien und gerechten Gesellschaft gestalten helfe.

Im Namen des DGB begrüßte Graumann den Kongress und wies darauf hin, daß es zwischen Afa-Bund und DGB wohl nie und da Unstimmigkeiten gegeben habe, aber beide eine Familie seien und bemüht sein werden, sich gegen eine feindliche Umwelt zu behaupten: In jeder Familie kann es Meinungsverschiedenheiten geben. Das Wesentliche ist, daß sie kameradschaftlich ausgetragen werden. (Beifall.) Gemeinsamkeit ist die gemeinsame Abwehr. Wir sind bereit, der Not der Zeit Rechnung zu tragen, aber über Tarifrecht und kollektive Arbeitsvertretung lassen wir nicht mit uns reden. Wir müssen alle zusammenstehen, um diese Wirtschaftsordnung zu befestigen, nicht nur, weil diese Wirtschaftsordnung in steigendem Maße der Arbeiterklasse Unrecht zufügt, sondern weil die gesamte Menschheit verzweifeln würde, wenn es nicht gelänge, die heutige Not zu befeitigen.

Weiter begrüßte im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Albert Falkenberg den Kongress, sodann Joseph Lohm im Namen des Zentralverbandes der Konsumvereine und der Großeinkaufsgenossenschaft, der auf die Anfänge der Arbeiterbewegung hinweist. In Leipzig sei es gewesen, wo vor 37 Jahren die erste freie Angestelltenorganisation tagte und Ende 1897 waren es erst 255 Mitglieder. Das gebe ihm als Alten das Recht zu sagen, daß er trotz der Not der Zeit nicht verzweifeln könne.

Aufhäuser antwortete auf die Begrüßungsreden: Die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Sialer oder vielmehr die Haltung des Reichsarbeitsministers über die Aufrechterhaltung des Tarifrechts und der kollektiven Arbeitsverträge haben wir mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, und ich erkläre hier im Namen des Kongresses: wir werden jede Re-

gierung unterstützen, die diese Grundrechte der Arbeiterklasse aufrechterhält. Wir werden aber mit Entschlossenheit jede Regierung bekämpfen, die bereit wäre, diese Grundrechte preiszugeben. Zu der Erklärung von Graumann sagte Aufhäuser, daß die große Linie der Solidarität immer aufrecht erhalten worden sei zwischen DGB und Afa-Bund, und daß die Geschlossenheit zwischen den beiden Organisationen die beste Fundierung ist der politischen Einheit der Arbeiterbewegung.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Stähr, Aufhäuser und Urban.

Den Geschäftsbericht erstatten W. Stähr und Aufhäuser. Stähr führt unter anderem aus: Die Organisationen des Afa-Bundes haben sich in der zurückliegenden Geschäftsperiode trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gut gehalten. Die Unterstützungseinrichtungen der angeschlossenen Verbände wurden allerdings sehr stark in Anspruch genommen, namentlich dort, wo Mittel bereit gestellt wurden, die mit dem Aufkommen durch die Beitragsleistung des einzelnen Mitgliedes nicht in Einklang standen. Durch Überprüfung und Aenderung der Satzungen sind diese Unstimmigkeiten beseitigt; damit ist die Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben gesichert.

Die Mitgliederbewegung hat sich nicht wesentlich geändert. Am 1. Juli 1931 trat der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs mit seinen Angestelltenmitgliedern zum Afa-Bund über. Nach dem dritten Afa-Gewerkschaftskongress in Hamburg hat der Bundesvorstand den Beschluß des Bundesausschusses betreffend Neueinteilung der Bezirksstellen durchgeführt. Die Abgrenzung der Bezirksstellen entspricht der Einteilung der Landesarbeits-

Eine Konsumgenossenschaftliche Reichswerbwoche

Unter der Führung der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wird in der Zeit vom 8. bis 15. November 1931 eine Konsumgenossenschaftliche Reichswerbwoche veranstaltet. Sie soll der Aufrüttelung und Aufklärung der Verbrauchermassen und der Stärkung und weiteren Verbreitung des Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfsgedankens dienen. Sie soll aber auch das Heer der Anhänger, der Mitglieder, der Träger der Konsumgenossenschaftsbewegung vergrößern helfen.

Von den mehr als 60 Millionen Köpfen, die das deutsche Volk zählt, ist nahezu ein Fünftel in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes vereinigt. Vier Fünftel aber stehen noch außerhalb der Konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaft. Sie können nur dann für die Bewegung der Verbraucher gewonnen werden, wenn sie von der sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung überzeugt werden. Die gewaltigen Erfolge der Konsumgenossenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit in der Vergangenheit strahlen die erforderliche Überzeugungskraft in einer recht eindringlichen und vorteilhaften Weise auf die unaufgeklärten Verbraucher einwirken zu lassen. Dazu wird in der kommenden Reichswerbwoche die Gelegenheit in besonderem Maße geboten.

Die Durchführung der Werbeweche liegt in den Händen der beruflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Konsumgenossenschaften, sie liegt in den Händen eines jeden Mitgliedes. Auf der Straße, im Hause, in der Werkstatt, in den Betrieben und in den Büros wird sich die persönliche Werbung zu entfalten haben. Nach den Erfahrungen wird auch jetzt noch die planmäßig und folgerichtig durchgeführte Hauswerbung den besten Erfolg bringen. Eine besondere Werbenummer des „Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts“ und der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wird bei der Werbearbeit eine willkommene Hilfe sein.

Unter allerdings ergaben sich einige Abweichungen, so die Zusammenlegung von Rheinland und Westfalen zu einem Bezirksstellen und das immer noch unter Fremdherrschaft stehende Saargebiet; dieses bildet zur Zeit noch ein selbständiges Bezirksstellen. Mit der Abgrenzung der Bezirksstellen ging eine systematische Bearbeitung der Ortsstellen vor sich. Anfang des Jahres 1929 verzeichneten wir 381, am 1. Januar 1931 627 Ortsstellen im Reich. Diese Zahlen kennzeichnen die günstige Entwicklung unserer Bewegung. Die Durchführung dieser Aufgaben erfordert die Einrichtung einer Organisationsabteilung im Bundesbüro. Zum Schluß des Jahres 1928 waren folgende Arbeitsausschüsse in der Afa-Bund-Zentrale errichtet: Sozialpolitischer Ausschuss, Wirtschaftspolitischer Ausschuss, Bergbauausschuss, Behördenausschuss, Betriebsräteauschuss, Lohnpolitischer Ausschuss, Bildungsausschuss, Bühnenausschuss, Schlichtungsausschuss — Neuzugänge Anfordern machten ferner die Bildung eines Hygieneausschusses, des Sachausschusses der Afa-Gewerkschaftspressen und des Arbeitsrechtsausschusses erforderlich. In diesen zwölf Arbeitsausschüssen arbeiten die Sachverständigen der angeschlossenen Verbände mit den zuständigen Abteilungsleitern des Afa-Bundesbüros zusammen. Der vorliegende Geschäftsbericht „Die Angestelltenbewegung 1928 bis 1931“ berichtet in ausführlicher Weise über die Tätigkeit der Afa-Arbeitsausschüsse.

Die Hauptgeschäftsstelle des Afa-Bundes hat die Aufgabe, die Erziehung und Schulung der in öffentlich-rechtlichen Körperschaften tätigen Funktionäre durchzuführen. Der Bundeszentrale und ihren Gliederungen obliegt auch die Vorbereitung zur Vertretung von Vertretern für diese Körperschaften, d. h. Vorschläge und Kammerung von Vertretern. Folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die zurzeit von der Afa-Zentrale erfassen Funktionäre, die mit entsprechenden Informationen versehen werden: Arbeitsgerichtsbehörden 1117 Kollegen, Reichsanhalt

Achtung!

Freigewerkschaftliche Betriebsräte

Heute pünktlich um 19.30 Uhr
im kleinen Saale des Gewerkschaftshaus
1. Schulungsabend der Gruppe „B“

für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 609 Kollegen, Angestelltenversicherung 1929 Kollegen, Knappheitsversicherung 89 Kollegen, Schlichtungsausschüsse 1275 Kollegen, Gewerbe-Handelsauskunft 73 Kollegen, Spruchbehörden in der Sozialversicherung 289 Kollegen.

Die freigewerkschaftliche Bildungsarbeit ist in der Berichtsperiode weitgehend gefördert worden. Neben der sachlichen Bildungsarbeit der angeschlossenen Verbände hat der Bundesvorstand 41 Wochenendkurse durchgeführt, in denen über sozial- und wirtschaftspolitische Themen referiert wurde. Hieran nahmen 2120 Funktionäre teil. 1930/31 fanden vier zentrale Kongresse darunter solche für die Betriebsräte im Aufsichtsrat statt.

Aufhäuser gibt einleitend eine Uebersicht über die Entwicklung der Wirtschaftskrise seit dem Hamburger Afa-Gewerkschaftskongress im Jahre 1928. Vor drei Jahren war der monatliche Durchschnitt der Arbeitssuchenden 1,5 Millionen, zu Beginn 1931: 4 1/2 Millionen. Die Viermillionengrenze ist im Sommer nur leicht unterschritten worden; auch die Saison hat in diesem Jahre keine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes gebracht. Bei den Angestelltenverbänden war die Arbeitslosigkeit im August 1931 durchschnittlich 15 v. H. Am stärksten ist der Bereich der technischen Angestellten und Beamten erfaßt, bei dem ein Viertel der Mitglieder stellenlos ist. Die Gesamtzahl der erwerbslosen Angestellten beträgt 450 000. Der Abbau der Tarifgehälter hat mit dem Jahre begonnen und betrug bis Mai etwa 6 bis 7 v. H., einschließlich abgebauter Leistungszulagen und der durch Kurzarbeit entstandene Abzüge aber 25 v. H. Die durch Erwerbslosigkeit und Gehaltsabzug der Angestellten verlorengegangene Kaufkraft beziffert der Referent mit drei Milliarden Mark jährlich. Der Angriff der Sozialpolitik richtete sich vor allem gegen diejenigen Einrichtungen, die als Lohnstütze angesehen werden können, nämlich Tarif-, Schlichtungs- und Arbeitslosenversicherung. Der Abbau des Schlichtungswesens ist durch den gewerkschaftlichen Widerstand verhindert worden. Das Tarifwesen hat durch die neuere Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts eine Ausbuchtung erfahren. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände haben die Wiederherstellung der Rechtsicherheit Anträge zur Ergänzung des Betriebsrätegesetzes und der Tarifvertragsverordnung eingebracht. Der Referent wendet sich mit besonderer Schärfe gegen den Beschluß des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Kurzarbeit der Angestellten ohne Kündigung die Bezüge ebenfalls gekürzt werden dürfen. Der hier eingeschlagene Weg führt vom Lohngehalt zur Stundenbezahlung des Angestellten. Auch gegen diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat die sozialpolitische Reichstagsfraktion auf Veranlassung des Afa-Bundes im März 1931 ein Initiativgesetz eingebracht, wonach Gefährdungen vor Ablauf der Kündigungsfrist unzulässig und gegenstehende Vereinbarungen nichtig sein sollen.

(Fortsetzung folgt)

Eisenbahner in Kampfstellung

Der Gesamtverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner beschäftigte sich am 2. Oktober 1931 eingehend mit der Kündigung des Lohnabkommens durch die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Die sehr scharfe, aber sachliche Aussprache endete durch einstimmige Annahme folgender Entschließung:

„Gegen das gefährliche, arbeitnehmerfeindliche Verhalten der Unternehmer der öffentlichen und privaten Wirtschaft, Tarifrecht zu beseitigen, Löhne und Gehälter noch mehr herabzudrücken und auf sozialpolitischem Gebiete weitere unerträgliche Verschlechterungen herbeizuführen, erhebt der Vorstand mit aller Schärfe Einspruch. Das Einkommen der Eisenbahnerpersonalen, besonders der unteren Gruppen, ist kaum noch aus, um das Leben zu fristen. Jede weitere Senkung der Lebenshaltung untergräbt das Familienleben und die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit auf das schwerste. Der Vorstand fordert mit aller Entschiedenheit die Einstellung der Lohn- und Gehaltsabzüge. Er hält eine neue und allgemeine Regelung der Arbeitszeit und eine Verkürzung derselben für das Eisenbahnerpersonal für unerlässlich.“

Dem Generalangriff der Reaktion auf die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes ist die unerschütterliche gemeinsame Solidarität der organisierten Arbeitnehmer entgegenzusetzen. Die Erfüllung der Tarifpflicht erfordert die Erhaltung der Tarifrechte. Von den Spitzen der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen wird erwartet, daß alle Kräfte der Abwehr der von neuem drohenden Verschlechterungen eingesetzt werden. Der Vorstand richtet den dringenden Appell an die Verbandskollegen, in unerschütterlicher Treue zur Organisation zu stehen und die Aktionsfähigkeit derselben zu erhalten und zu stärken.“

Bevorstehende Einstellung des letzten Hochofens in Oberschlesien

Die Verwaltung der Zuluhenütte in Bobret (Bereits Oberhütten) trägt sich mit der Absicht herum, ihren Hochofen den letzten in Betrieb stehenden in Oberschlesien — mit Nebenbetrieben stillzulegen. Vor einem Antrag auf Stilllegung möchte sie im Hinblick auf die alarmierende Beunruhigung auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt absehen. Ihr Bestreben ist, unauflöslich den Ofen einzustellen. Sie erklärt, daß eine Stilllegung vorübergehend eintreten würde und sofort wieder aufgehoben wenn wieder Abfall eintritt. Der Beirat des Wertes hat an die Verwaltung mit dem Ersuchen gewandt, die Belegung bei Wiederinbetriebnahme vollständig zu den tariflichen Bedingungen ohne Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses einzustellen. Außerdem wurde eine vierwöchentliche Sperrfrist für die Arbeiter des Wertes beantragt. In der Verwaltung wurde der Antrag des Beirats gebilligt. Es ist abzuwarten, ob die Generaldirektion der Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke den Antrag des Beirats annimmt oder nicht. Im Falle der Stilllegung des Hochofens dürfte diesem von Seiten der zuständigen Stellen nicht entgegengehalten werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hinter dieser Maßnahme der Verwaltung der Zuluhenütte die Absicht einer endgültigen Stilllegung auch des letzten schlesischen Hochofens liegt. Davor kann nicht scharf genug gewarnt werden. Die ganze Inbetriebnahme der Stilllegung läßt die nahe zu, daß eine Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Stilllegungsverordnung beabsichtigt ist.



FILIALE Breslau